

Arbeiter-Zeitung

Mittwoch, 25. Juni 1930
12. Jahrgang, Nummer 144

Erste Seite mit Ausnahme der Sonntags- und Feiertagsausgaben: 48 Pf. + 12 Pf. Beleglohn zu 60 Pf., monatlich 2,10 RM. + 50 Pf. Beleglohn zu 2,00 RM. Einzelnummer 10 Pf. Durch d. Post bezogen monatlich 2,00 RM., unter Schutzband 2 RM. 40 Pf. Einzelpreis: Die schwebende Wählkarte ab. deren Raum 12 Pf., Vereins- u. Versammlungskarte ab. deren Raum 10 Pf. — Schutz b. Postanmeldung in d. Hauptverlag 8 Pf.; in d. Filialen am Tage vorher bis 12 Uhr.

für Schlesien und Oberschlesien
Organ der KPD., Sektion der 3. Internationale
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“
Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Hauptverlag: Breslau 10, Kreuzberg Str. 50, Tel. 800 88.
Vertriebsstellen: Breslau 544, Woblasten: Breslau, Kreuzberg
Str. 50, Tel. 239 02. Verbreitung der Redaktion von 12-14
Uhr bis Freitag von 17-19 Uhr. Filialvertriebsstellen:
Görlitz, Ebertstr. 26, Tel. 4085; Oels, Woblasten, 11, Tel. 1354
Görlitz, Runtz 6, Tel. 2364. Geschäftszeit: 8-19 Uhr. Geschäftsband:
Hauptverlag Breslau, Erscheinungsort Breslau. — Verlag: Schloß,
Loggengasse, 40, Bresl. — Druck: „Neubau“, Fil. Breslau, Kreuzberg, Str. 50

Bersährster Kampf dem Faschismus Die Lehren der sächsischen Landtagswahlen

Breslau, 24. Juni.

Das Ergebnis der sächsischen Landtagswahl und auch das Ergebnis der Stadtratswahl in Zella-Mehlis (Thüringen) unterstreichen sehr eindringlich die Aufgaben, die das Zentralkomitee der KPD. in seiner Resolution zum Kampf gegen den Faschismus der Parteiorganisation stellt. Die beiden Wahlergebnisse spiegeln deutlich den krisenhaften Charakter der politischen Verhältnisse in Deutschland wider. Die Durchführung des Young-Plans durch die Hermann-Müller-Regierung und das nachfolgende Brüning-Kabinett haben dazu geführt, daß breitere Volksmassen von einer tiefen Gärung erfaßt wurden, die bei den Wahlen in den gewaltigen Stimmenerlust der führenden bürgerlichen Parteien, der Parteien des Bürgerblocks und den Verlusten der Sozialdemokraten zum Ausdruck kam. Es ist den Nationalsozialisten durch ihre demagogische Agitation gelungen, einen großen Teil der bürgerlichen Wähler auszufangen. Die Scheinopposition der Sozialfaschisten in Sachsen und im Reich hat die Lösung breiter Arbeiterfragen von der Sozialdemokratie zweifellos noch stark gehemmt. Aber der Prozeß der Radikalisierung und der Lösung sozialdemokratischer Arbeiter ist im Fluß.

Das starke Anwachsen der nationalsozialistischen Stimmen verpflichtet die Kommunistische Partei und alle revolutionären Arbeiter, den Kampf gegen die Hitler-Banden um ein

Rüstet zur Tagung der Industrie-Gruppe Bau

Am Sonntag, dem 29. Juni, findet in Freiburg die von der revolutionären Gewerkschaftsopposition einberufene Industrie-Gruppentagung für das Baugewerbe statt. Aus allen Orten Schlesiens müssen Delegierte der Opposition des Baugewerksbundes, des Zimmerer-, Dachdecker- und Steinarbeiterverbandes vertreten sein. Bisher wurden u. a. zwei Delegierte in einer Verbandssammlung in Liegnitz und zwei Delegierte in Striegau gewählt. Kollegen im Baugewerbe, nehmt die kurze Frist bis zur Tagung noch zu den letzten Vorbereitungen aus. Organisiert überall Versammlungen und wählt Delegierte, wo das noch nicht geschehen ist. Stellt die Finanzierung der Delegierten durch Geldsammlungen sicher.
Die Industriegruppenleitung.

die Gefahr zu steigern. Gleichzeitig darf man keinen Moment vergessen, daß die Sozialdemokratie die Wegbereiterin der nationalsozialistischen Erfolge ist.

„Nach zwei Jahren Koalitionspolitik ist die Lage der Arbeiterklasse in Deutschland unagbar traurig und trostlos“ — so schrieb der linke Sozialfaschist Seydewitz im „Klassenkampf“. Dasselbe vernichtende Urteil fällt dieser Demagoge über die Regierungspraxis seiner Parteigenossen Hermann Müller, Severing und Bischoff auch in der letzten großen Mitgliederversammlung der Breslauer Sozialdemokratie. Und eine Funktionärin der Frankfurter SPD. schrieb im „Klassenkampf“:

„Keine zwei Jahre regierte die Große Koalition... In ihrem Grabe steht ein Anwachsen der faschistischen Bewegung, dessen Grundlage die Enttäuschung über die mangelnde Erfüllung des Wahlprogramms der SPD. ist, die offene Krise des Parlamentarismus, die Drohung der diktatorischen Regierung des Herrn von Hindenburg, der offene Triumph der Bourgeoisie und der Agrarier.“

Wenn linkssozialfaschistische Demagogen so über die Koalitionsregierung Hermann Müller reden, so ist das nur ein scheinbares Eingehen auf die oppositionelle Stimmung breiter Mitgliedschichten der SPD., um nicht den Kontakt zu verlieren. Aber nichtsdestoweniger haben sie mit ihren Feststellungen recht. Die sozialfaschistische Koalitionsregierung hat den Faschierungsprozeß des bürgerlichen Staates und der Unterdrückungsmethoden der Bourgeoisie gefördert und beschleunigt. Die sozialdemokratischen Führer und das ihnen treu ergebene Heer von Jungen und Jungenanwärtern in den Massenorganisationen und in den Institutionen der bürgerlichen Republik sind selbst Träger der faschistischen Gefahr geworden. Die von den Hitler-Banden besonders in jüngster Zeit verübten Bluttaten stellen eigentlich nur eine Ergänzung des blutigen Terrors gegen die Arbeiterklasse dar, den Jörgel, Schönfelder und der „linke“ sozialdemokratische Polizeipräsident Pfeißner angewendet haben und noch anwenden.

Wenn jetzt die blutigen Sturmbteilungen Hitlers durch das Land ziehen, Arbeiter mißhandeln und ermorden, unbehelligt von der Polizei und der Justiz der kapitalistischen Republik, so ist das die Folge des permanenten Verrats, den die Sozialdemokratie mit und ohne offizielle Regierungsbeteiligung an der Arbeiterklasse begangen hat. Severing hat den Roten Frontkämpferbund, die antifaschistische Wehrorganisation des Proletariats, verboten. Setzt er

Schiele kündigt neue Zölle an:

„Gute Ernte verteuert die Lebensmittel“

Das kapitalistische Verbrechen

Berlin, 23. Juni. Die Beratung des Etats für Landwirtschaft und Ernährung benutzte der neue Reichsernährungsminister Schiele, um sein Programm, das auch das Programm des Bürgerblocks ist, zu entwickeln. Schiele kündigte eine neue Welle Zollerhöhungen auf fast alle Verbrauchsartikel des Proletariats an. Mit zynischer Offenheit erklärte dieser Hungerminister des Brüning-Kabinetts, daß die Regierung alle Möglichkeiten der Zollpolitik ausnützen werde. Schiele, der anerkannte Führer der Großagrarier und ostelbischen Junker, schämte sich nicht, die Meldungen von einer kommenden guten Ernte in der Welt und in Deutschland als „Sibabotschasten“ zu bezeichnen. Gerade angesichts der neuen Ernte, so erklärte der deutschnationalistische Junker und Ernährungsminister des Herrn Brüning, müsse schon jetzt durch Zollerhöhungen ein Sinken der Preise verhütet werden. Schiele verlangte in seiner Rede neben neuen Zollerhöhungen auch den sofortigen Lohnabbau bei den Arbeitern in der Industrie und Landwirtschaft.

Kommunistischer Vorkampf in Zella-Mehlis

In der Industriestadt Zella-Mehlis (Thüringen) fanden am Sonntag die Stadtratswahlen statt. Wir geben hier das Ergebnis, verglichen an den Wahlen zum Thüringer Landtag 1929 und den Stadtratswahlen von 1928 wieder:

| | 22. 6. 30 | 1929 | 1928 |
|---------------------|-----------|-------|-------|
| KPD. | 3 116 | 2 148 | 2 707 |
| SPD. | 883 | 869 | 1 073 |
| Nationalsozialisten | 1 314 | 573 | — |
| Bürgerliche | 1 880 | 2 177 | 2 198 |

Das Wahlergebnis hat die gleiche Tendenz wie das Ergebnis der sächsischen Landtagswahl. Die führenden Parteien der Bourgeoisie befinden sich in einer schweren Krise, auch vor der Sozialdemokratie trennen sich die Massen, den Nationalsozialisten gelingt es, die von den anderen bürgerlichen Parteien abwandernden Wähler zum großen Teil wieder einzufangen, während die Kommunisten im Vorkampf sind und den Sozialfaschisten immer mehr Terrain abzugewinnen. Alarmierend ist jedoch der starke Stimmenzuwachs der Nazis, trotz der Hunger- und Terrorpolitik der Thüringer Regierung. Die kommunistische Partei muß den Kampf gegen die nationalsozialistische Demagogie noch steigern.

Wichtiger Auftakt zur KPD.-Arbeit in OG.

130 Teilnehmer auf der Bezirkskonferenz — 2 sozialdemokratische Erwerbslosenvertreter treten zur KPD. über — Delegierter zum 5. KPD.-Kongress gewählt

Hindenburg, 23. Juni. Am Sonntag, dem 22. Juni, tagte in Bismarck die Bezirkskonferenz der revolutionären Gewerkschaftsopposition Oberschlesiens, die von 130 Vertretern der KPD. besucht war. Die Großbetriebe waren mit 66 Kollegen vertreten; allein 44 Betriebsräte waren anwesend. Unter den Kollegen waren 13 Parteiloje und 3 sozialdemokratische Arbeiter. Im Verlauf der Konferenz traten zwei der Sozialdemokraten — es sind Erwerbslosenvertreter aus Groß-Strehlig — der KPD. bei.

Die Konferenz war eine Tagung sachlicher Arbeit und war von einem guten Kampfgeist getragen. Sie bedeutet einen gewaltigen Schritt vorwärts in der Organisierung der KPD. im Bezirk Oberschlesien. Wir kommen auf die Konferenz noch im oberchlesischen Teil zurück. Nach dem Referat des Genossen Selbmann, „Stellungnahme zum 5. KPD.-Kongress, die Aufgaben und die Organisierung der KPD.“ und einer ergiebigen Diskussion, wurde zum 5. KPD.-Kongress die nachstehende Entschlieung einstimmig angenommen:

„Die Bezirkskonferenz der revolutionären Gewerkschaftsopposition hat Stellung genommen zum 5. Kongress der roten Gewerkschaftsinternationale. Die revolutionäre Gewerkschaftsopposition des Bezirks Oberschlesien fühlt sich auf das engste verbunden mit der revolutionären Gewerkschaftsbewegung der ganzen Welt und der Roten Gewerkschaftsinternationale. Die Bezirkskonferenz erklart in der Theorie und Praxis die Arbeiterklasse und krasse Organisierung und Disziplinierung zum revolutionären Kampf gegen die Bourgeoisie mit dem Ziele des Sturzes des kapitalistischen Systems führt. Die von der KPD. gefassten Beschlüsse, insbesondere die Beschlüsse des 4. Weltkon-

gresses und des 6. Zentralrates der KPD. zeigen der internationalen Arbeiterklasse den Weg, der einzig und allein den Sieg über den Kapitalismus und über den Reformismus verbürgt. Die Bezirkskonferenz der KPD. Oberschlesien gelobt, diese Beschlüsse mit größter Energie zu verwirklichen und den Kampf gegen die Bourgeoisie und ihre Lakaien, die christlichen und die sozialfaschistischen Gewerkschaftsführer, durchzuführen. Die Bezirkskonferenz begrüßt die Forderung des 5. Kongresses der KPD. zum 15. August 1930 und verpflichtet sich, alle Kräfte der Arbeiter Oberschlesiens für diesen Kongress zu mobilisieren und die Vorarbeiten verstärkt durchzuführen.

Die Bezirkskonferenz beschließt, einen Delegierten zum 5. Kongress der KPD. zu entsenden und die Ausbringung der Mittel durch Sammlungen zu gewährleisten. Gleichzeitig verpflichtet die Bezirkskonferenz alle Anhänger der revolutionären Opposition, in allen Betrieben, in Belegschafts- und Gewerkschaftsversammlungen den 5. KPD.-Kongress auf das härteste zu propagieren und die Arbeiter für die Durchführung der Beschlüsse des 5. KPD.-Kongresses zu erobern.“

Die Konferenz nahm zum Streit der Mansfelder Kumpels folgende Entschlieung einstimmig an:

„Der am 22. Juni tagende Bezirkskongress der KPD. von Oberschlesien entsendet den kämpfenden Arbeitern des Mansfelder Reviers die brüderlichsten Kampfgrüße. Die Arbeiterklasse von OS. erkennt den Kampf in Mansfeld als den ihrigen an und erklart sich mit den kämpfenden Arbeitern solidarisch und gelobt, sie in ihrem Kampfe zu unterstützen, indem die Teilnehmer des KPD.-Kongresses alle Kräfte daransetzen werden, um auch in OS. den Kampf auszulösen.“

hat das Republikanengesetz geschaffen, auf das sich als erster der nationalsozialistische thüringische Innenminister Feil berufen hat, als er ein Verbot gegen die kommunistische Tagespresse in Thüringen erließ.

Kampf gegen die faschistischen Terrorbanden, die unter Falkenkreuz- und Stahlhelmschirmen ihr blutiges Handwerk betreiben, heißt deshalb Kampf auch gegen den Sozialfaschismus, Kampf gegen Severing, Jörgel, Pfeißner und ihre Befehlsgehörigen. Kampf gegen den Faschismus heißt auch Kampf gegen die linkssozialfaschistischen Demagogen wie Seydewitz, die zwar sehr richtig feststellen, daß die Hermann-Müller-Regierung die Entwicklung zur faschistischen Diktatur gefördert hat, aber in der Praxis nichts unternommen, um die Arbeitermassen gegen den Faschismus zu mobilisieren.

In a Betrieben und auf den Stempelstellen müssen deshalb die antifaschistischen Kampfbrigaden formiert werden. Dort müssen

sich kommunistische, parteiloje und oppositionelle sozialdemokratische Arbeiter die Hand zur gemeinsamen Kampfbundnis reichen. Nicht mit linken Phrasen kann der Kampf gegen die drohende faschistische Diktatur und den blutigen Terror der faschistischen Verbände geführt werden. Bildung roter Betriebswehren, antifaschistischer Wehrorganisationen; aktive Abwehr des faschistischen Terrors, Massenaktionen des Proletariats gegen die Hunger- und Kriegspolitik der Bürgerblockregierung und ihrer sozialfaschistischen Lakaien, das ist der Weg, den die Arbeiterklasse mutig und entschlossen einschlagen muß.

Neben der aktiven Abwehr des faschistischen Terrors steht im Vordergrund die Organisierung des Kampfes für die Tagesforderungen der Arbeiterklasse. Wenn wir die Fragen des Kampfes im Betrieb und auf den Stempelstellen konkret aufrollen, können die nationalsozialistischen und sozialdemokratischen Demagogen am besten entlarvt werden.

Kampf dem Notopfer!

Von Ernst Torgler, M. d. R.

Moldenhauer ist zurückgetreten; angeblich ist er über das „Notopfer“ gestolpert. Demokraten und Deutsche Volkspartei haben in großer Aufmachung verkündet lassen, daß sie gegen das Notopfer stimmen werden. Ist damit der Plan des Beamtensnotopfers gefallen? Keineswegs! Will Rücksicht auf die schließlichen Landtagswahlen ist nicht nur das „Notopfer“, sondern das ganze sogenannte Sanierungsprogramm um eines Wochensinnungswortes willen, Brünning will — so heißt es im Reichstags — unter allen Umständen neben dem Abbau der Leistungen und der Erhöhung der Beiträge in der Arbeitslosenversicherung an dem Gedanken des Notopfers festhalten und diesen Plan, der ja schon zur Zeit der Hermann-Müller-Regierung aufgetaucht war, durchführen. Ob dabei der ursprüngliche Moldenhauer'sche Plan, auf den sich die Brüning-Regierung ausdrücklich festgelegt hat, oder der Vorschlag der preussischen Regierung zur Durchführung kommt, kann für die Beamten nur eine Frage von sekundärer Bedeutung sein.

Was bedeutet dieses „Notopfer“, durch das der Beitrag in der Reichskasse im Gesamtbeitrag von 750 Millionen Mark zu einem erheblichen Teile abgedeckt werden soll?

„Notopfer“ — ein Schlag gegen die unteren Beamten

Alle nichtversicherungspflichtigen Angestellten, d. h. alle Angestellten mit einem Einkommen von über 8400 Mark im Jahre, wie alle Beamten des Reichs, der Länder und Gemeinden, die Unterchied der Besoldungsgruppe und ohne Rücksicht auf die Höhe ihres Einkommens, sollen bis auf weiteres vier Prozent ihres Einkommens als „Notopfer“ zahlen. Es ist klar, daß dieser gleichmäßige, nicht gestaffelte vierprozentige Abzug in allerhöchstem Maße unsozial ist. Der Amtsgeld in einer großen Kommune mit seinem monatlichen Einkommen von 150 Mark zahlt mit seinem 7,20 Mark ein Vielfaches von dem, was die 240 Mark für den Oberbürgermeister derselben Kommune mit seinem Einkommen von monatlich 6000 Mark ausmachen.

Dafür ist es auf der anderen Seite noch außerordentlich unwahrscheinlich, ob Hindenburg, Brüning, der preussische Ministerpräsident Braun und die Minister im Reich und in den Ländern von ihren Ratsgehaltern die 4 Prozent bezahlen werden, da sie ja nicht Beamte im Sinne des Beamtengesetzes sind.

Zu diesem eigentlichen „Notopfer“ kommen noch eine Reihe anderer Maßnahmen, die sich ausschließlich oder zumindest in erster Linie gegen die Beamten in den unteren und mittleren Gruppen auswirken werden. Der Urlaub soll gekürzt werden; die örtlichen Sonderzuschläge in den teuren Großstädten und im Industriegebiet sollen abgebaut werden; die Altersgrenze für die Pensionierung soll von 65 auf 68 Jahre heraufgesetzt werden; eine Kündigungsfrist für verheiratete weibliche Beamte soll geschaffen werden; ein neues Besoldungsgesetz soll in Kraft treten; eine Beförderungssperre und ein zehnprozentiger Stellenabbau sind in Aussicht genommen usw.

Generalangriff auf Gehälter und Beamtenrechte

Man sieht also, die Regierung Brüning beschränkt sich nicht auf Kleinigkeiten, sondern es handelt sich um einen Generalangriff auf die Besoldung der Beamten und auf die Beamtenrechte. Wie können sich nun die Beamten dagegen wehren? In zwei großen, vom Deutschen Beamtentbund und vom Allgemeinen Deutschen Beamtentbund einberufenen Rundtischgesprächen haben die Beamten in Berlin gegen dieses Attentat auf ihre Lebenshaltung protestiert. Mit diesem Protest allein wird aber gar nichts getan sein und das um so weniger, wenn in den Rundtischgesprächen immer wieder betont wurde: „Wir Beamte sind ja gern bereit, Opfer zu bringen, aber wir wollen sie nicht allein bringen, es muß ein allgemeines Notopfer sein.“

Zu der Kundgebung des „Deutschen Beamtentbundes“ erklärte der Referent, Bundesdirektor Lang, daß dieses Projekt eines Beamtensnotopfers nur deswegen aufgetaucht sei, weil man bei den Beamten den geringsten Widerstand erwartete und der Referent des ADB, Dr. Böller erklärte, daß die Beamten auf den Abwehrkampf nicht vorbereitet seien. Diese beiden Bemerkungen bedeuten die schärfste Kritik, die die beiden Organisationsvertreter an ihren eigenen Organisationen üben konnten. Seit Jahren ist den Beamten immer wieder eingetrichtert worden: seid nur ruhig, fordert nichts, sonst wird die Mißstimmung gegen euch noch größer und ihr habt als Auswirkung nur Verschlechterungen zu erwarten. Es ist deswegen wirklich kein Wunder, wenn die Brüning-Regierung mit ihrem Plan eines Notopfers und eines neuen großen Beamtensabbaus bei den Beamten mit gar keinem oder nur geringem Widerstand rechnet.

Gemeinsamer Kampf der Beamten und Arbeiter

Es ist klar, daß die Beamten diesen Abwehrkampf nur erfolgreich führen können, wenn sie ihn mit allen Mitteln und in Gemeinschaft mit dem übrigen Teil der werktätigen Bevölkerung, den Arbeitern und Angestellten, führen werden.

Auch für die Arbeiterklasse ist diese „Notopfer“-Aktion gegen die Beamten von großer Bedeutung, nicht nur deshalb, weil neben dem Erwerblosen auch die schlechtbezahlten Beamten die Opfer sein sollen, auf deren Kosten das Kassendefizit ausgeglichen werden soll. Das finanzielle Ergebnis, nämlich die 300 Millionen Mark, sind nicht einmal das ausfallende bei dieser Aktion, sondern dieses Attentat gegen die Beamten ist nur ein Glied in der Kette der Lohnabbauaktionen des deutschen Unternehmertums gegen die Arbeiterklasse. Mit diesem „Notopfer“ der Beamten sollen die psychologischen Voraussetzungen für den Abbau der Arbeiterlöhne, nicht nur bei den Arbeitern in den öffentlichen Betrieben, sondern auch in der Privatindustrie, geschaffen werden. „Seht, auch die Beamten haben sich einen Abbau ihrer Gehälter gefallen lassen müssen“, so wird man gegenüber den Arbeitern argumentieren.

Die Arbeiter, Angestellten und Beamten haben deswegen alle Bewusstseins in einem gemeinsamen Kampf des Kampfes gegen den Generalangriff des Unternehmertums zu führen, den es mit bestmöglicher Unterstützung durch die Hungerregierung Brüning gegen die Löhne der Arbeiter, Angestellten und Beamten unternehmen.

Die kommunistische Partei wird am Dienstag, dem 21. Juni, um 8 Uhr, in der Moskauerstraße, Rotes Rathaus, in diesem Generalangriff auf die Lebenshaltung der Beamten, genannt „Notopfer“, Stellung nehmen.

Beginne aller Verhandlungen und Behörden, erscheint in Moskau in dieser Besammlung!

Der Lügen frant zu sein

Das Raubgesetz gegen die Krankenversicherung vor dem Reichsrat Bürgerlich-reaktionäre Kräfte erklären: „Streichung der Krankenbehandlung um mindestens 20 Prozent“

Der Reichsarbeitsminister hat dem Reichsrat den Entwurf des Gesetzes über den Abbau bei der Krankenversicherung vorgelegt, mit dem Erreichen, diesen Gesetzesentwurf noch vor der Sommerpause dem Reichstag verabschieden zu lassen. Trotzdem alle Einzelheiten dieses neuen Raubgesetzes gegen die Wertstätigen bisher noch nicht bekannt sind, zeigen die in der bürgerlichen Presse veröffentlichten Angaben über den Inhalt des Gesetzes, wie ungeheuerlich dieser Vorschlag gegen die Gesundheit der Wertstätigen ist.

Folgende Punkte sind die wichtigsten der bisher veröffentlichten: Jeder versicherte Kranke muß von den Kosten jeder Behandlung 50 Prozent zahlen. Für die Krankenkassen muß ein Krankengeld von 1 Mark gezahlt werden. Die Angehörigen erhalten im Krankheitsfall nicht mehr wie bisher Krankengeld und Hausgeld, falls sie während der Krankheitszeit ihr Gehalt empfangen. Ihre Beiträge werden entweder entsprechend gekürzt oder das Krankengeld nach Abzug der Gehaltssumme auf 60 Prozent des Grundlohnes erhöht.

Besondere Sparvorkehrungen sind vorgesehen, die so formuliert sind, daß sie den Ärzten geradezu bei Androhung von Strafe rüchrische Drohschreiben der Ärgernisse und Behandlung vorschreiben. Falls der Arzt „das Maß des Notwendigen überschreitet“ oder die Kasse nicht „vor Ausgaben soweit bewahrt“, als es die Natur seiner Dienstleistungen zuzuläßt“ (!!), muß er der Kasse den daraus entstehenden Schaden ersetzen.

Dem Vertrauensarzt werden besonders diktatorische Vollmachten erteilt, er muß „rechtzeitig“ die Angaben des Arztes, soweit sie ärztliche Sachleistungen betreffen, nachprüfen. Das Oberverwaltungsamt kann anordnen, daß andere Ärzte bei der Kasse nicht mehr zugelassen werden, falls eine Kasse „die Zahl der Ärzte in auffällender Weise überschreitet“. (!!) Das Gesetz erklärt ferner, daß die Spitzenvereinigungen der Unternehmer und Gewerkschaften einen Hauptzweck für Krankenversicherung bilden, in dem der Reichsarbeitsminister den Vorbehalt führt.

Seine Hauptaufgaben sollen „Beseitigung und Verhütung von Mißbräuchen und Auswüchsen“ sein. Die Richtlinien dieses Ausschusses können vom Reichsarbeitsminister ganz und oder teilweise für verbindlich erklärt werden. Die Krankenkassenbeiträge sollen neu festgesetzt werden.

Außerdem sind direkte Streichungen am Krankengeld vorgesehen, Ausfall des Krankengeldes für die ersten drei Tage usw.

Das neue Gesetz tritt am 1. September 1930 in Kraft. Der Vorschlag der Regierung gegen die Volksgesundheit ist so ungeheuerlich, daß er selbst im Kreise der bürgerlichen Werteschaft großes Aufsehen erregt hat. Der reaktionäre Vorsteher der beiden Ärzte-Spigenverbände, Dr. Stauder, hielt gestern eine Rede, in der er die Vorschläge der Regierung als „ein riesiges weitgehendes Opfer für jeden Versicherten“ bezeichnete. Die Werteschaft mit großer Sorge erfüllen, daß sie ferner eine „Schädigung des Rechtsanspruches auf Krankenhilfe bedeuten“ und „ein Zurückgehen der Krankenbehandlung um mindestens 20 Prozent ausmachen“.

Nicht vergessen darf bleiben, daß der Vater dieses Generalangriffes auf die Krankenversicherung niemand anderes als der Reichsarbeitsminister der sozialdemokratischen Koalitionsregierung Bismarck war, der einen Änderungsentswurf ausarbeitete, durch den die Forderung der Unternehmerverbände auf „Einsparung“ von 500 Millionen Mark weitestgehend erfüllt werden sollte. In der letzten Reichsratsitzung hat ferner der Vertreter der Preußenkoalition im Zusammenhang mit der Zustimmung zum Raub an den Erwerblosen die sofortige Behandlung dieses Raubes an den Kranken gefordert.

Der neue Gesetzesentwurf stellt den schwersten Schlag dar, den die Brüning-Regierung, in den Spuren Hermann Müllers, seit dem Abbau der Erwerblosenunterstützung gegen das werttätige Volk in Vorbereitung hat. Es soll in Zukunft ein Luxus sein, wenn der Arbeiter durch die rationalisierte Ausbeutung krank zusammenbricht. Da gilt es, gegen diesen neuen Raubzug Sturm zu laufen und dessen Urheber durch Massenaktionen in den Arm zu fassen!

Postbeamte politisch entrechtet

Schäkel verbietet Postbeamten Teilnahme an „staatsfeindlichen“ öffentlichen Umzügen und Versammlungen

Der Reichspostminister Dr. Schäkel hat folgenden Rundbrief an sämtliche Dienststellen der Reichspost gerichtet:

Der Reichspostminister
Berlin W 66

5. Juni 1930.

Staatsfeindliche Bestrebungen in der Deutschen Reichspost

Bei der Beratung des Haushalts des Reichspostministeriums im Reichstag ist von verschiedenen Seiten gefordert worden, daß staatsfeindlichen Bestrebungen in der Deutschen Reichspost entgegenzutreten werden müsse. Ich habe erklärt, daß jede Agitation des Personals in staatsfeindlichem Sinne, ob rechts oder links, im Betriebe der Deutschen Reichspost unzulässig ist und nicht geduldet wird. Die Oberpostdirektionen haben dafür zu sorgen, daß künftig unter allen Umständen von den Dienststellen hiernach verfahren wird. Dem Personal ist zu erklären, daß jede Beteiligung an staatsfeindlichen Bestrebungen im Sinne mit den Pflichten der Angehörigen der Deutschen Reichspost, insbesondere mit dem Dienstvertrage eines Beamten, nicht vereinbar ist und nicht geduldet werden kann. Die Dienststellen sind anzuweisen, Maßnahmen zu ergreifen, die die staatsfeindliche Agitation zu verhindern, gegen Zuwiderhandlung einzuschreiten und ggf. an die O.P.D. zu berichten. Bei diesem Anlaß weise ich darauf hin, daß es staatsfeindliche Agitation ist, wenn Angehörige der Deutschen Reichspost an öffentlichen Umzügen und Versammlungen mit staatsfeindlicher Tendenz in Uniform oder Dienstmütze teilnehmen sollten.

K.P.M.

Dr. Schäkel.

Die Verordnung Schäkel's ist ein Musterbeispiel dafür, wie unter dem Vorwand der Bekämpfung nationalsozialistischer Verbrecher Angriffe gegen die Arbeiterklasse durchgeführt werden.

Der äußere Anlaß zu der Debatte im Reichstag war die Tatsache, daß die Dienststellen der Reichspost zu Brutstätten des Terrors und der Postkorruption der NSDAP geworden sind. Schäkel läßt nun aber diese Zustände völlig unbeachtet, dagegen aber führt er einen generellen Raub der Versammlungs- und Organisationsfreiheit für das gesamte Personal der Reichspost durch. Schäkel fordert außerdem öffentlich zum Denunziantentum auf. Die Polizei hat bereits eine solche Bespitzelung der Postler und Eisenbahner organisiert. So versuchte der sozialdemokratische Polizeispitzel Korff, dessen Entfarnung unserer Essener Genossen gelang, eifrig Material über die kommunistischen Post- und Eisenbahngellen zu bekommen.

Dieser Raub der politischen Meinungsfreiheit steht zwar im Widerspruch zur Reichsverfassung, aber es wäre lächerlich, sich auf die Buchstaben der Verfassung zu berufen. Hier handelt es sich um einen Teil der allgemeinen Geschäftsregelungsmassnahmen gegen das deutsche Profetariat. Der Kampf dagegen kann nicht mit Paragraphen geführt werden, sondern nur durch die Organisierung revolutionärer Betriebsarbeit in allen Betrieben der Reichspost, der Reichsbahn und ähnlicher Betriebe, weil gerade durch den Erlaß solcher Verbote ihre Wichtigkeit bewiesen wird.

Mörder Fahlbusch Mitglied der Hafentrenzpartei

Nach Mitteilung der nationalsozialistischen Blätter ist der frühere Feldwebel Fahlbusch, der die Reichswehrleute Brauer und Wilmis feige ermordet hat, der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei beigetreten. Da gehört er hin.

Leninorden für Stalin beantragt

Moskau, 23. Juni. Das Präsidium des Zentralkomitees des Sowjetrussischen Metallarbeiterverbandes wandte sich auf Ersuchen einer Anzahl örtlicher Organisationen in einem Schreiben an das Präsidium des Zentralkomitees der Sowjetunion mit dem Antrag, dem Genossen Stalin für seine revolutionären Verdienste den Leninorden zu verleihen und ihm die höchste Auszeichnung des Arbeiterstaates am Tage der Eröffnung des XVI. Parteitagcs der K.P.S.U. zu überreichen.

Das verpönte Sporthemd

Der Vorkonvent des Reichstages hat schredliche Sorgen. Ein neues Gesetz hat sich vor ihm angeturnt. Es heißt: praktische Sommerkleidung. Kommt da so ein kommunistischer Redner vor einigen Tagen im offenen Hemd ohne Jacke, bei dreißig Grad Hitze im Schatten, um vom Rederpult des Reichstages aus zu sprechen. Daraufhin sofortiger Zusammentritt des Vorkonventes, hitzige Debatten. Man erwägt Aufhebung des Zummusstills, leider bietet sich hierzu keine Handhabe, es entspräche zwar nicht der Würde des Reichstages, aber man könnte nur die Fraktionen ersuchen, zu den Sitzungen in Zukunft in einem mehr würdevollen Anzug zu erscheinen.

Wer hätte gedacht, daß der Reichstag, der doch so beschäftigt ist, neue Kleiderformen, Notopfer, Lohnabbau auf der ganzen Linie zu beraten, jowiel Verhandnis für die „Würde des Hauses“ anbringen sollte. Das „Würde“ der kapitalistischen Räuber!

Carols Programm

Aufrüstung und Kampf gegen Kommunismus

Prag, 21. Juni. Der bekannte französische Journalist Jules Sauerwein veröffentlicht im „Ceste Slovo“, im Organ des Außenministers Beneš, einen Artikel über Rumänien. Ueber die Aufgaben Carols heißt es dort unter anderem: „Damit Rumänien stärker werde, wie es dem jüngst geschaffenen und zwischen Sowjetrußland, Ungarn und Bulgarien eingeklammerten Staat entspricht, wäre es notwendig, daß eine nationale Verteidigungsmacht (!) organisiert wird und daß die Grenzprovinz Besarabien von kommunistischen Elementen geäubert wird.“

Gesteigerte Waffenausfuhr aus der Tschechoslowakei

Prag, 23. Juni. Fast der einzige tschechoslowakische Industriezweig, der imstande war, in der jetzigen Krise seine Ausfuhr gegenüber dem Vorkrieg zu steigern, ist die Eisenindustrie. Dabei spielt jedoch vor allem die Ausfuhr von Waffen und Aufstellungsmaterial eine große Rolle. In den ersten vier Monaten dieses Jahres wurden für 44 Millionen tschechische Kronen Waffen, gegenüber 1 Million im Vorkrieg, ausgeführt. Diese großen Lieferungen von Waffen und Aufstellungsmaterial gingen vor allem nach Jugoslawien und nach Rumänien; die Eisenausfuhr nach diesen beiden Ländern ist von 25 auf 102 Millionen tschechische Kronen, bzw. von 88 auf 69 Millionen tschechische Kronen gestiegen.

Waldenburger Bergland Heraus zu den Massenfundgebungen

Männer und Frauen, heraus zu unseren Versammlungen!

Unsere Redner sprechen über: „Was müssen die Arbeiter gegen die Massenverleumdung tun?“

Nieder-Salzbrunn: Dienstag, den 24. Juni, 20 Uhr, Lokal „Anker“.
Referent Parteisekretär R. Schulz.

Welsheim: Dienstag, den 24. Juni, 20 Uhr, Lokal „Deutsches Haus“.
Referent Landtagsabgeordneter Wollweber.

Mittwoch: Mittwoch, den 25. Juni, 19 Uhr, Lokal „Weißes Ross“.
Referent Parteisekretär Ulrich, Breslau.

Hermendorf: Mittwoch, den 25. Juni, 18 Uhr, Lokal „Vormärtschlitten“.
Referent Parteisekretär R. Schulz.

Zahlstellenversammlung der Bergarbeiter

W. R. Am Sonntag, dem 15. Juni, fand eine Zahlstellenversammlung im Gasthof zur Gemeindemühle statt. Dieselbe war von 47 Kameraden besucht. Zu Punkt 1 der Tagesordnung wurde vom Kameraden Dengert (Bezirksleitung) ein Referat gehalten über: Ursachen der Wirtschaftskrise. Bei dem zweiten Teil seines Referats hatte man den Eindruck, einen Arbeitgeber vor sich zu haben, so verteidigte er das kapitalistische System. Der Genosse Klein trat ihm als Diskussionsredner entgegen. Den Kollegen Spitzer, der Zwischenrufe machte, erinnern wir an die Ueberrichtungen, die er alle Wochen macht, wo so viele Pumpeln auf der Straße liegen. Und Konert Max will ich auch nicht vergessen. Man kann ja verstehen, daß er auf die Opposition schimpft, wenn er Invalidentenpension bezieht und noch alle Wochen bald 30 Mark von der „Bergmacht“ erhält, und so nebenbei Unterlassener vom Verbanne ist.

Unter Punkt Verschiedenes sprach der Kollege R. Berger zu den Ausschüssen der 19 Kollegen, die auf der oppositionellen Betriebsratsliste aufgestellt waren. Aber, o Schred, nun wurden die Gesichter am Vorstandstisch lang, der Referent und Därtel beten alles auf, um die Opposition mundtot zu machen. Kamerad Berger und Klein

stellten hierbei fest, daß nicht die 19 hätten ausgeschlossen werden müssen, sondern die Funktionäre, welche die ungültige Liste der SPD-Fraktion eingereicht haben, und mit ihnen die Kandidaten. Kamerad Berger reichte eine diesbezügliche Resolution ein, welche aber nicht zur Abstimmung zugelassen wurde. Nun, Kamerad Därtel, will ich dir einmal recht deutlich sagen, nicht die von 47 Kameraden besuchte Zahlstellenversammlung entscheidet über das Vertrauen der oppositionellen Betriebsratskollegen, sondern die Belegschaft in den Abteilungen. Und wir werden dafür sorgen, daß euer immer noch vorhandener Einfluß bei den Berglumpeln bald gebrochen wird. Nur weiter so, verehrte Bezirksleitung, und ihr könnt bald bei euren Angestellten mit der Rationalisierung anfangen.

Nieder-Salzbrunn. Öffentliche Versammlung. Heute (Dienstag) abend findet im Gasthof zum Anker eine öffentliche Versammlung statt. Treffpunkt aller Genossen 6,45 Uhr bei Krüsch zum geschlossenen Abmarsch.

Landeshut

Lebau. Unproletarisches Verhalten. In dem Gläserischen Hause spielte sich vor einiger Zeit nachstehender Vorfall ab. Einige Kinder schlugen beim Spielen mit einem Stein die Fenster-

schelbe des dort wohnenden Briefträgers Tichahly einzuwerfen. Der Briefträger war in jedem Falle der Geschädigte, wollte aber trotzdem die Angelegenheit im Guten klären. Einige Mieter jedoch hatten nichts Besseres zu tun, als das Kind der Genossin Margarete Hampel zu beschuldigen. Der ebenfalls dort wohnende Arbeiter Paul Stenzel, den die Angelegenheit absolut nichts anging, ging zum Schiedsrichter und verklagte Fräulein Margarete Hampel. Ferner erdreistete er sich, ihr sogar Ohrfeigen anzuhändigen. Durch den Schiedsrichter eingeschüchtert, ging sie auf die Bezahlung einer Strafe ein. Wir möchten doch dem Herrn Schiedsrichter dringend vorschlagen, sich in Zukunft etwas eingehender mit solchen Angelegenheiten zu beschäftigen, denn wie es sich schließlich nachträglich herausgestellt hat, war es sogar das Kind des Klägers, welches die Scheibe zertrümmert hatte. Das Urteil über Stenzel überlassen wir getrost den Arbeitern. Der Mann ist auch noch Mitglied im Mieterschutzverband.

Lebau. Gegen die Pflichtarbeit. Durch die zunehmende Krise der Privatwirtschaft wird das Elend der werktätigen Bevölkerung von Lebau von Tag zu Tag schlimmer. Am schlimmsten haben darunter die ausgebeuteten Erwerbslosen zu leiden. Sie werden von Seiten der städtischen Beamten, vorwiegend von Bahnvorsteher Rose (von der evangelischen Gemeinde), bei Verletzung von Pflichtarbeit tun auch noch besonders schikaniert. Anlässlich des großen katholischen Feiertages forderte man die Pflichtarbeiter auf, aus dem Walde Birkenbäumchen, die man zur Verschönerung der Stadt benutzen wollte, zu beschneiden. Wir fordern, daß die Leute für diese Arbeit bezahlt werden. Wir fordern darüber hinaus sofortige Abschaffung der Pflichtarbeit. Arbeiter, kämpft mit der SPD, welche allein eure Interessen vertritt.

Konferenz der revolutionären Textilarbeiter in Langenbielau

Wichtige Beschlüsse zum Kampf gegen das Unternehmertum — Stellungnahme zum V. RÖJ.-Kongress

Langenbielau, 23. Juni. Am Sonntag fand in Langenbielau eine Konferenz der revolutionären Textilarbeiter statt, die wichtige Beschlüsse zum Kampf gegen das profitierere und brutale Unternehmertum in der Textilindustrie gefaßt hat.

Nach einem Referat des Vertreters des Bezirkskomitees der RÖD über den 5. RÖJ.-Kongress, die Lage in der Textilindustrie und die Aufgaben der Opposition, fand eine rege Aussprache statt, in der das geradezu unmensliche Antreiberystem in den Textilbetrieben geschildert wurde. Die Kollegen berichteten übereinstimmend, daß es in erster Linie die Arbeiterinnen in den Spinnereien sind, die sich auflehnen und bereits zu wiederholten Malen die Maschinen stillgelegt hatten. Nach der Aussprache wurde eine Indus-trie-typen-leitung gewählt, der aufgetragen wurde, sofort folgende Vorbereitungsmaßnahmen zur Organisierung eines Textilarbeiterkampfes durchzuführen:

mit dem geplanten Abbau der Erwerbslosenunterstützung und nahm folgende Entschliessung an:

„Die Konferenz der revolutionären Textilarbeiter gelobt, alles zu versuchen, um die noch in den Betrieben stehenden Textilarbeiter zum gemeinsamen Kampf mit den Erwerbslosen gegen die Verschlechterung der Erwerbslosenversicherung zu veranlassen.“

Insbesondere fordert sie alle Anhänger der Revolutionären Gewerkschaftsopposition auf, Betriebsarbeiter als Vertreter der Belegschaften in die Erwerbslosenausschüsse zu entsenden, um dadurch ein engeres Zusammenarbeiten zwischen Betriebsarbeitern und Erwerbslosen herbeizuführen.“

Nach der Aussprache über die Entsendung und Finanzierung einer Delegation zum 5. RÖJ.-Kongress wurde die Konferenz geschlossen.

Wir fordern alle Anhänger der Gewerkschaftsopposition auf, die neugewählte Industriegruppenleitung zu unterstützen und sofort in allen Textilbetrieben die organisatorische Zusammenfassung der oppositionellen Kollegen und die Vorbereitung des Kampfes gegen jegliche Verschlechterung der Arbeitsbedingungen und für Lohn-erhöhung und Arbeitszeitverkürzung in Angriff zu nehmen.

Aufstellung eines Kampfprogramms für die schlesische Textilindustrie, Herausgabe einer Instruktion an alle Textilbetriebe zur Bildung von Betriebsseinheiten der RÖD.

Ergreifung von Maßnahmen zur Steigerung des Betriebes und zur besseren Ausgestaltung der oppositionellen Textilzeitung.

Im zweiten Tagesordnungspunkt beschäftigte sich die Konferenz

Reichskinderlager der J.M. „Solidarität“

Die Internationale Arbeiterhilfe führt im Rahmen ihrer bisherigen Kinderhilfe im Jahre 1930 ab 16. Juli ein Reichskinderlager in Ruhlmühle bei Wittstock a. d. Vosse durch. Im Gegensatz zu früheren Ferienlagern, die ausschließlich in den Bezirken stattfinden, soll dieses Reichskinderlager wirklich aus dem ganzen Reich besichtigt werden. Die J.M. rechnet auf eine Gesamtteilnahme von mindestens 500 Kindern. Das Hauptkontingent werden natürlich die nähergelegenen Bezirke und Landesauschüsse in Norddeutschland, in Sachsen, Thüringen, Halle-Merseburg und im Rhein-Ruhrgebiet stellen. Aber auch die süddeutschen Landesauschüsse und Schwestern und Ostpreußen sollten mindestens starke Delegationen entsenden. Zum ersten Male sollen im Reichskinderlager „Solidarität“ Kinder aus dem ganzen Reich zusammenkommen und in kollektiver, gegenseitiger Hilfe und Zusammenarbeit sich körperlich erholen und geistig anregen. Die J.M. will mit diesem Ferienlager entsprechend ihrer bisherigen

Beuernkinder „Elo“ in Halle a. S. wird durch das Reichskinderlager der J.M. nicht beeinträchtigt, sondern durch eine starke Delegation derselben sogar aktiv unterstützt.

Hoch sind die erforderlichen Kosten zur Durchführung des Reichskinderlagers. Die eingeleitete Sammlung für das Reichskinderlager ist noch nicht abgeschlossen. Wir wenden uns darum zugleich an alle Freunde der Internationalen Arbeiterhilfe und Kinderhilfe und bitten sie, Beiträge zu zeichnen. Sicher wird es auch einem Teil der Eltern von Arbeiterkindern, die zum Reichskinderlager geschickt werden, möglich sein, den

Tagesverpflegungssatz von 2 Mark selbst zu zahlen. In anderen Fällen werden die Bezirke und Landesauschüsse ersucht, die Kosten aufzubringen. Der Reichsaus-schuss der J.M. wird durch gewissenhafte Betreuung und ärztliche Kontrolle der Arbeiterkinder im Ferienlager dafür sorgen, daß die im Reichskinderlager verbrachten Ferien wirklich zur körperlichen Kräftigung und geistigen Erholung der Proletarierkinder dienen.

Das deutsche Proletariat hat wiederholt glänzende Beweise von proletarischer Solidarität und Opferwilligkeit gegeben. Der Reichsaus-schuss der J.M. ist überzeugt, daß die deutsche Arbeiterklasse auch zum Gelingen des Reichskinderlagers „Solidarität“ beitragen wird.

Reichsaus-schuss der J.M. (Kinderhilfe).

DIE Nr. 3 DES ROTEN WÄHLERS ENTHÄLT:

- Brünnings Millionenzug gegen das werktätige Volk
- 12 Milliarden ins Ausland verschoben
- Die Wahrheit über die Nazis
- Chronik des Steuerverrats der Sozialdemokraten
- Der Generalangriff auf die unteren Beamten
- Das Ermächtigungsgesetz zur Besitzsteuersenkung
- Chronik des Panzerkreuzerbetrugs der SPD.
- Sozialdemokraten und Kinderspeisung
- Der Angriff auf die Kriegs- und Arbeitsopfer
- Der Kampf um die Amnestie
- „Die Linke“ SPD. im Reichstag
- Dokumente, Tatsachen, fotografische Wiedergaben der wichtigsten Eingaben
- Mit beigetragen von
Walter Stoecker, Ernst Torgler, Theo Neubauer, Hugo Gräf, Martha Abrendsee, Hans Schröder und Erich Glückauf

Arbeitsamt

TEUSCHER

ist eines der vielen Schlagworte, die oft mißbraucht werden. Aus wirtschaftlich schlechten Zeiten hat man das Gefühl behalten, es sei in erster Linie Einschränken, Abbau, Entlassungen.

Die Bulgaria-Zigarettenfabrik hat ihren Betrieb von Anbeginn rationalisiert und die Zahl der Arbeiter stieg immer mehr. Rationalisierung heißt: mit modernsten, einfachsten Mitteln die vollendetste Ware zu erzielen und so dem Hersteller und dem Verbraucher Gewinn zu bringen.

Rationalisierung

ist eines der vielen Schlagworte, die oft mißbraucht werden. Aus wirtschaftlich schlechten Zeiten hat man das Gefühl behalten, es sei in erster Linie Einschränken, Abbau, Entlassungen.

Die Bulgaria-Zigarettenfabrik hat ihren Betrieb von Anbeginn rationalisiert und die Zahl der Arbeiter stieg immer mehr. Rationalisierung heißt: mit modernsten, einfachsten Mitteln die vollendetste Ware zu erzielen und so dem Hersteller und dem Verbraucher Gewinn zu bringen.

4

BULGARIA



STERN

B U L G A R I A - S T E R N

die stets frische und gleich gute 4 Pfg. Zigarette.

Rund um den Erdball

Der vierte Tag im Prenzlauer Gattenmord-Prozess

„Des Gattenmordes schuldig!“

Der Staatsanwalt beantragt Todesstrafe

Prenzlau, 23. Juni. Im Gattenmordprozess gegen den Zahnarzt Dr. Gutmann beantragte gestern der Oberstaatsanwalt gegen den Angeklagten wegen überführten Mordes die Todesstrafe und „Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte“, desgleichen wegen Unkundenfälligkeit sechs Monate Gefängnis.

Die Verhandlung, die gegen 11 Uhr vormittags erst begann, wurde mit einer erneuten kurzen Beweisaufnahme eröffnet.

Staatsanwalt immer heruntergeritten habe.“ Gegen diese Behauptung protestiert der Angegriffene erregt.

Der Oberstaatsanwalt führte in seinem Schlussplädoyer aus, daß es als sicher anzunehmen sei, daß der Angeklagte seine Frau Rosa Gutmann vorsätzlich und mit Ueberlegung getötet habe. Es steht fest,

daß er seine Frau auf den Boden geworfen hat mit der Absicht, außer den Merkmalen der Ermordung auch eine Schädelverletzung herbeizuführen.

Der Angeklagte nahm den Urteilsantrag mit unbeweglichem Gesicht entgegen. Die Urteilsverkündung steht zur Stunde noch aus.

135 Verletzte beim Brückeneinsturz

Katastrophe infolge Ueberlastung

Chemnitz, 23. Juni. Am Sonntag nachmittag brach in dem kädtischen Fließbad Alt-Chemnitz, das infolge des warmen Sommerwetters sehr stark besucht war, eine Brücke infolge der Ueberlastung plötzlich zusammen. Der sofort alarmierten Feuerwehr und den Sanitätsmannschaften gelang es, sämtliche Verunglückten in Sicherheit zu bringen. 135 Personen wurden bei dieser Katastrophe verletzt. Die Erörterungen über die Schuldfrage sind noch nicht abgeschlossen.

Der Verteidiger beantragte die Vernehmung einiger Zeugen, die behaupten sollten, daß Gutmann ursprünglich eine Unfallversicherung für sich und seine Frau habe abschließen wollen, daß er aber schließlich davon Abstand nahm, weil ihm die zu zahlende Prämie zu hoch erschien. Ein Zeuge aus Chemnitz bekundete, daß Gutmann ihm gegenüber einmal über seine großen Geldausgaben geredet

und daß er erst auf Drängen seiner Frau eine Versicherung abgeschlossen habe.

Zu einem erregten Zusammenstoß zwischen Verteidigung und Oberstaatsanwalt kam es, als der Verteidiger beantragte, nochmals auf die Türschloßgeschichte einzugehen, „auf der der Ober-

Übed: 42. Säugling hingemordet

Übed, 23. Juni. Das hiesige Gesundheitsamt ist gezwungen, das Ableben eines weiteren Säuglings, der mit dem mörderischen Calmette-Schutzfrak gefüttert wurde, bekannt zu geben. Nunmehr hat sich die Zahl der durch den verbrecherischen Leichtsinns der Behörden hingemordeten Kinder proletarischer Herkunft auf 42 erhöht.

Inzwischen kommen immer neue Beweise einer fast unglaublichen Fahrlässigkeit zutage. Es ist nunmehr einwandfrei festgestellt, daß die Übeder Ärzte nach dem Bekanntwerden der ersten Todesfälle die besorgten Eltern mit der Versicherung beruhigten, daß die Fütterung vollkommen gesalziglos sei.“ Trotz dieser erwießen groben Fahrlässigkeit demt jedoch kein Staatsanwalt daran, die schuldigen Ärzte einzusperren.

Autounglück im Taunus

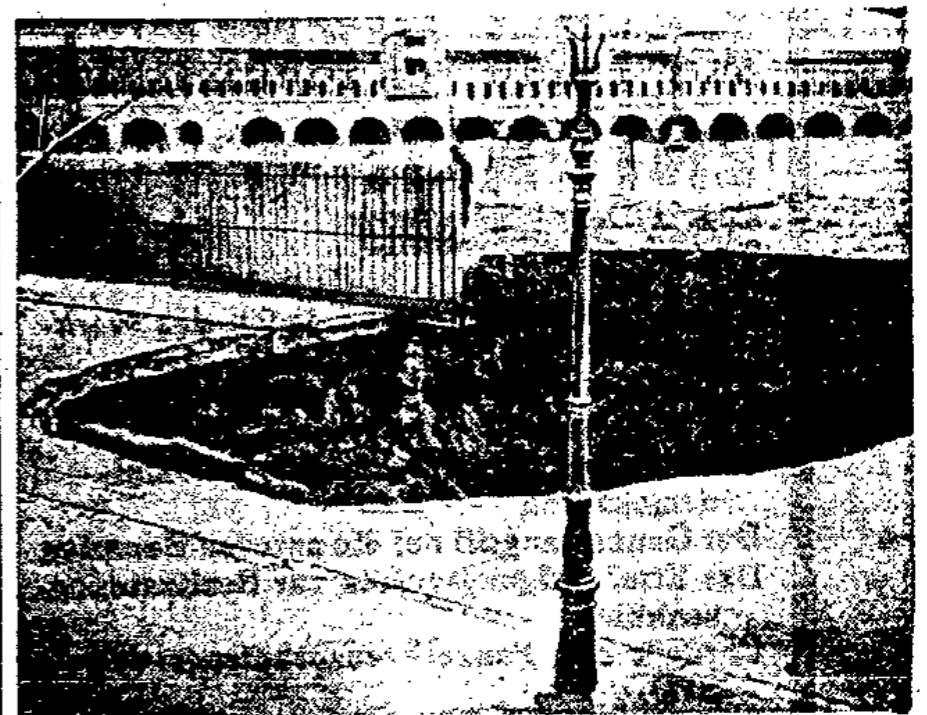
Beim Königstein im Taunus überstürzte sich in einer Kurve ein mit 35 Personen besetztes Sportler-Autobus. Fünf Sportler wurden schwer, 20 leicht verletzt. Das Unglück entstand durch plötzliches Versagen der Bremsen.

Auch Schweden macht in Kriegsbegeisterung



Aus Ermangelung von siegreichen Schlachten in der neueren Geschichte wärmen die schwedischen Nationalisten zur Entfaltung von Kriegsbegeisterung uralte Kamellen auf. Bei Elmsnabben in den Schären von Stockholm wurde daher aus Anlaß des vor dreihundert Jahren eröffneten Kriegszuges Königs Gustav Adolfs, der damals in den Dreißigjährigen Krieg eingriff und später in der Schlacht bei Lützen den „Heidentod“ fand, das hier abgebildete bieder-kitschige Denkmal eingeweiht. Die schwedischen Nationalisten werden sich jedoch irren, wenn sie glauben, durch solche Mätzchen die schwedische Arbeiterschaft für den „heiligen Kreuzzug“ gegen die Sowjetunion einfangen zu können.

Der Essener Erdbeben



Vor einem Hause einer Essener Neubaulokonie gab, wie wir bereits gestern berichteten, plötzlich das Erdreich nach und es entstand ein riesiger Krater von etwa 12 bis 15 Meter Tiefe und 15 Meter im Durchmesser. Ein auf der Straße spielendes Kind wurde mit in die Tiefe gerissen und von einem hinterherstürzenden Wagen getötet. Unser Bild zeigt die Unglücksstelle.

Riesenfener an der deutsch-polnischen Grenze

Flammenmeer von ein Kilometer Ausdehnung
Kreidenburg, 22. Juni. In Zamow, in unmittelbarer Nähe der deutsch-polnischen Grenze, brach ein riesiger Brand aus, dem nicht weniger als 64 Scheunen, 24 Wohngebäude und etwa 37 Ställe zum Opfer fielen. Das Feuer wütete in einer Ausdehnung von fast ein Kilometer. Am Völkchen dieses Riesenfeners beteiligten sich außer polnischen auch deutsche Feuerwehren.

Schweres Eisenbahnunglück in Mainz

Vor dem Hauptbahnhof Mainz fuhr am Montag vormittag ein Personenzug auf einen beladenen Güterzug auf. Hierbei wurden 30 Reisende mehr oder weniger schwer verletzt. Ein Bahnhofsarbeiter wurde mit einer schweren Gehirnerschütterung ins Krankenhaus überführt. Der Gleis Mainz-Weier mußte 2 Stunden gesperrt werden.

Englischer Dampfer gerammt

Nach Cherburger Meldung soll der englische Dampfer „Henri Stanley“ etwa 25 Meilen nordwestlich der Felsengruppe Les Casquets von dem deutschen Dampfer „Cala Bianca“ gerammt worden sein. Ein Schlepper aus Cherbourg ist sofort dem sinkenden Engländer zu Hilfe geeilt.

Zwei Motorradfahrer vom Zuge getötet

Am Sonntagvormittag wurde bei Raevlinge in Schweden an einem schrankenlosen Bahnübergang ein Motorrad-Eisenbahnzug erfasst und überfahren. Der Motorradfahrer und seine hinter ihm sitzende Begleiterin waren auf der Stelle tot.

Eine zärtliche Vernehmung

Essener Sittlichkeitsprozeß, von dem die Öffentlichkeit nichts erfahren sollte
Die Herr Untersuchungsrichter die schöne Strafgefängene „überführte“

Essen, 23. Juni. In der vergangenen Woche hatte sich vor dem Essener Schöffengericht der frühere Gerichtsschreiber Welter unter der Anklage zu verantworten, sich als Untersuchungsrichter an einer jungen Strafgefängenen namens Fiedler geschlechtlich vergangen zu haben. Des Weiteren wird ihm zur Last gelegt, daß er mit der Strafgefängenen mehrere Male unter Annahme eines falschen Namens in einem Hotel übernachtet habe. Dieser Prozeß, zu der selbst die Presse ausgeschlossen wurde, endete mit der Verurteilung Welters wegen Verbrechen im Amt und wegen falscher Personalangabe im Hotel zu sechs Monaten Gefängnis und 20 Mark Geldstrafe. Allerdings wurde dem Angeklagten eine dreijährige Bewährungsfrist zubilligt.

Wohl selten ist in der Geschichte der deutschen Klagenjustiz eine Strafsache so ungütlich vor der „neugierigen“ Öffentlichkeit geheimgehalten worden, wie in diesem Falle. Mit allen möglichen juristischen Fingertücken bewerkstelligte man, daß dieser Prozeß hinter dreimal verschlossenen Türen verhandelt wurde. Selbst die Presse, die man sonst bei der Behandlung der Strafsache

nächsten Sittlichkeitsbelikte im Verhandlungsraum belästigt, wurde in diesem Falle, da es also um einen Klassenrichter ging, rücksichtslos ausgeschlossen. Die Richter, die die Aufgabe hatten, einen ihrer Kollegen zu verdonnern, waren sogar so rücksichtslos, selbst in der Urteilsbegründung kein Sterbenswörtchen davon zu verraten, wie der angeklagte Untersuchungsrichter eigentlich keine Strafgefängene „überführt“ hat.

Es ist nur so viel bekannt geworden, daß feinerzeit dem 28jährigen Messor Welter die Vernehmung der Fiedler übertragen wurde. Die Fiedler war Mitglied einer Bande von Ladendieben, deren Tätigkeit sich über das ganze Ruhrgebiet erstreckte. Vor Gericht „verpöfft“ die Fiedler ihre Freunde, die dann zu hohen Zuchthausstrafen verurteilt wurden.

Messor Welter übernahm also die Vernehmung dieser Polizeivigilantin, wobei es dann zwischen den beiden zum geschlechtlichen Verkehr kam.

Aber auch nach der Entlassung konnte sich der zärtliche Untersuchungsrichter nicht von seiner ehemaligen Strafgefängenen trennen und traf sich darum häufig mit ihr in einem Hotel, wo er unter falschem Namen übernachtete.

Durch Zufall wurde die Geschichte gerichtsbekannt. Um den Skandal zu räumen, wurde ihm nahegelegt, seine Vernehmung nach Berlin zu beantragen, damit der Prozeß dort zur Verhandlung käme.

Die Berliner Gerichte wollten sich jedoch mit dieser schmutzigen Affäre nicht befassen und lehnten die Behandlung ab. Ein zweites Verbot, die Geschichte in Hildesheim zeigen zu lassen, scheiterte ebenfalls.

Als blieb nichts weiter übrig, als die Affäre in Essen auszutragen. Immerhin ließ man auch hier nichts unversucht, den Skandal hübsch unter sich zum Austrag zu bringen. Der Termin wurde am Spätnachmittag angesetzt, also zu einer Zeit, an der wenig Menschen im Gerichtsgebäude zu tun haben.

Zum Entsetzen aller Klassenrichter war aber trotzdem die gesamte Presse erschienen. Nun war guter Rat teuer. Doch was ein echter Klassenrichter ist, weiß sich zu helfen. Kurz entschlossen verfuhr er, daß

auch die Presse „wegen Gefährdung der Sittlichkeit“ von der Teilnahme an der Verhandlung ausgeschlossen sei.

Auf diese raffinierte Weise brachten es also die Essener Justizleute herbei, die Schande eines ihrer Kollegen geheimzuhalten. Nach fünfständiger Verhandlung kam es dann zu dem oben erwähnten Urteil.

Das allbekannte Sprichwort, daß „eine Krähe der andern nicht die Augen aushaut“, hat sich hier wieder einmal als wahr erwiesen. Wie schwer muß es diesen Klassenrichtern gefallen sein, einen ihrer Kollegen verdonnern zu müssen. Und wie leicht fällt ihnen die Verurteilung, selbst zu den härtesten Strafen, wenn sie über einen armen Sünder von Proletariat zu Gericht sitzen.

Indische Aufständische belagern ein englisches Fort



Blutige Kämpfe liefern in Indien die Aufständischen den englischen Unterdrückern. Besonders in der Nordwestprovinz in der Nähe von Peschawar sind erneut heftige Kämpfe entbrannt. Unser Bild zeigt ein englisches Fort in der Nähe von Peschawar, das von den aufständischen Afrikanern, einem Bergstamm, belagert wird. Dieser Bergstamm hat bisher jeden Bombenangriff der englischen Flieger zum Trotz ihre Stellung behaupten können.

Breslau

Die gestrige Stadtverordnetenversammlung

Die vor allem dazu, „aufzuarbeiten“, damit am kommenden Donnerstag die wichtigsten Gänge, die der Straßenbahn, der städtischen Betriebe usw. zur Beratung kommen können; schließlich ist für diese Sitzung auch die Endabstimmung über den Gesamtsatz vorgesehene. Die gestrige Sitzung brachte als wichtigste Punkte: Ablehnung der Anstellung von dreizehn Oberstadtssekretären; Ablehnung des Magistratsantrages, den jugendlichen ausgesetzten Erwerbslosen geringere Richtigkeits als ihren erwachsenen Kollegen zu zahlen; Annahme des Antrages gegen die Stimmen der Kommunisten und Sozialdemokraten eine „Prüfung“ vorzunehmen, ob der Personalausstand des Bauungskomitees rats abgebaut werden soll, was faktisch die Aufhebung der Wohnungszwangswirtschaft bedeutet. Eine längere Diskussion gab es bei dem Etat des Wohlfahrtsamtes, an dem unsere Genossen scharfe Kritik übten und eine Erhöhung der Richtigkeits und Gewährung von Beihilfen an Erwerbslose verlangten.

Erfolgreich fanden diese Forderungen bei der vereinigten bürgerlich-sozialdemokratischen Front Widerstand und Ablehnung. Zum Schluß gab es noch eine Diskussion um die Krankenhäuser. Auf Antrag des Zentrums wurden beschloffen, den Wohlfahrtsunterstützungsempfängern freie Krankenkassenwahl zuzubilligen; das Zentrum erhofft davon Nutzen für seine katholischen Krankenhäuser. Im übrigen wurden die noch auf der Tagesordnung stehenden Vorklagen für die Donnerstagssitzung zurückgestellt.

Um die Unterschlagungen in der Bauhütte

Wie wir erfahren, ist der gestern als verhaftet gemeldete frühere Prokurist Kattner der sozialdemokratischen Bauhütte am Sonntag bereits wieder aus der Haft entlassen worden. Diese Entlassung muß als politische Anerkennung der Behauptungen Kattners gewertet werden, daß nämlich in der Geschäftsführung der Bauhütte ein solches Durcheinander geherrscht hätte, daß nichts nachzuweisen geht. Gleichzeitig bedeutet aber die Entlassung auch eine Kennzeichnung der Methoden der Leitung der Bauhütte, der Wölgel, Köstler und Co., die für diese Saugzustände letzten Endes verantwortlich sind.

Die gestrigen Generalmitgliederversammlungen

der Partei in den Stadtteilen West und Ost waren überfüllt. Besonders glänzend verlief die des Stadtteils West; hier war der große Saal von Gamberg bis auf den letzten Platz besetzt. Das Referat des Genossen Wollweber, das wir morgen ausführlich wiedergeben, wurde mit großem Beifall aufgenommen. Neun Neuzugeworbenen für die Partei, sechs für den Jugendverband und zwei Wohnrenten für die „A.B.“ waren ein weiteres Werbergebnis. — Auch im Stadtteil Ost, wo das Lokal ebenfalls überfüllt war, fanden die Ausführungen des Genossen Thomas die reifliche Zustimmung der Versammlung, an deren Schluß zwei Arbeiter ihren Beitritt in die R.D. erklärten, womit der Werbefall dieses Stadtteils mit 40 Neuzugeworbenen um 100 Prozent überschritten ist.

Werkstättenbesuche im Schrebergarten-Verein „Roter Garten“. Mehrere Kleinrentner schreiben uns: Am vergangenen Sonntag fand auf dem Gelände obigen Vereins ein Gartenfest statt. Ist man als Pächter gezwungen, wenn man keinen Anteil an dem Gartenfest nimmt, noch Eintrittsgeld zu zahlen? Wir gingen früh 6.30 Uhr vom Gelände, auf dem wir wegen der schlechten Wohnungsverhältnisse hausen müssen. Als wir abends gegen 20.30 Uhr nach Hause kamen, wurden wir gezwungen, pro Person 30 Pfennig Eintritt zu zahlen. Wer das nicht konnte, mußte bis 21 Uhr auf der Straße stehen. Wie kommt der Verein dazu, wenn ich mit einer Schmitze Brot aus meiner Bekleidung holen muß, dafür 30 Pfennig Eintritt zu fordern? Von einer Familie wurden auf diese Weise 1.20 Mark erpreßt, und keiner hatte Anteil an dem Feste. Andererseits hätten sie müde und hungrig bis 21 Uhr vor dem Tore kampieren müssen. Erwerbslose Vereinsmitglieder, die die 30 Pfennig nicht zahlen konnten, wurden vom Nummernplatz gejagt. Es ist höchste Zeit, daß dieser Vergewaltigung ein Ende bereitet wird.

Ein Bankier verhaftet. Von der Kriminalpolizei wurde der bekannte Breslauer Bankier Erich Neugebauer, Inhaber des Bankhauses Koch & Co., verhaftet. Er hat seiner Bank anvertraute Nachlassgelder in Höhe von 100 000 Mark veruntreut. Der Verhaftete, der 52 Jahre alt ist, hat bereits die Beurlaubung von 25 000 Mark, die er zur Abdeckung eigener Verbindlichkeiten verwendete, zugegeben.

Erwerbslosenkonzferenz Unterbezirk Breslau

Am Sonntag fand die Erwerbslosenkonzferenz für den Unterbezirk Breslau statt, die von den wichtigsten Orten des Unterbezirks besucht war. Auch einige Bezirke der Ortsgruppe Breslau des Bundes der Kinderreichen hatten an der Konferenz Vertreter entsandt. Wenn die Breslauer Betriebe nicht so stark vertreten waren, so lag das daran, daß die Sabotage der Russert vom 20.8. noch einmal geplündert war. Immer wird es ihm aber nicht mehr gelingen. In seinem Referat behandelte Kollege Jylla vom Landes-Erwerbslosenausschuß die Wirtschaftskrise und die Aussichten am Arbeitsmarkt für die Erwerbslosen. Er ging dann ausführlich auf den neuen Bauzug in der Arbeitslosenversicherung ein sowie auf das Elend der Ausgesetzten, die in vielen Orten buchstäblich nur Bettelstülpchen als Unterstützung erhalten. Auch auf die Pflichtarbeit, die in Schlesien in der mannigfaltigsten Form verrichtet werden muß, und die schon dazu geführt hat, daß man Arbeiten, die sonst von ständigen Arbeitern verrichtet werden, nur noch von Pflichtarbeitern ausführen werden müssen, wurde von Kollegen Jylla hingewiesen und scharfster Kampf dagegen verlangt. In der Diskussion, an der sich ein großer Teil der Delegierten beteiligte, kamen die Verhältnisse, unter denen die Erwerbslosen im Unterbezirk Breslau dahingehetzten müssen, zur Sprache. Lebhaftestes Interesse erweckte insbesondere das Schicksal der Ausgesetzten und der Pflichtarbeiter. Im Schlußwort ging Genosse Jylla noch auf alle Anregungen ein und wies auf die Bedeutung des 5. Weltkongresses der Roten Gewerkschaftsinternationale für die Erwerbslosen hin, der am 15. August in Moskau stattfindet. Zum Schluß forderte Genosse Jylla noch einmal auf, gemeinsam mit den Betriebsarbeitern zu kämpfen für das in der nachstehenden Resolution enthaltene Kampfprogramm. Während der Konferenz wurden drei neue Mitglieder für die Partei, und zwar waren das die drei Delegierten des neugegründeten Erwerbslosenausschusses aus Wohlau. Somit wurde der Grundstein für eine neue Ortsgruppe der Partei gelegt.

Ein ganzer Tag Kommunistenprozesse

Berufungsverhandlung wegen der Vorfälle beim Roten Frauentreffen und in der Naziversammlung im Schiefwerder

Am gestrigen Montag standen vor der vierten Strafkammer des Schöffengerichts zwei Prozesse gegen Kommunisten zur Verhandlung. In beiden Fällen handelte es sich um die Berufung der verurteilten Genossen. Und zwar des Genossen Miska, der seinerzeit in dem skandalösen Aufbruchprozess zu sechs Monaten Gefängnis, und des Genossen Brodke, der wegen „Hausfriedensbruch“ in einer Naziversammlung im Schiefwerder zu zwei Wochen Gefängnis verurteilt worden war.

In der Verhandlung gegen den Genossen Miska wurden noch einmal die Vorfälle vom Roten Frauentag vom 21. Juli vorigen Jahres aufgerollt. In merkwürdiger Einseitigkeit beschworen die als „Zeugen“ erschienenen Polizeibeamten die „Schuld“ des angeklagten Genossen.

Trotz dieser Bemühungen zur Einseitigkeit wichen in den entscheidenden Einzelheiten die Aussagen der uniformierten Belastungszeugen wesentlich voneinander ab.

So konnte z. B. der Polizeibeamte Lange, der laut Anklageschrift von Miska geschlagen sein soll, nicht angeben, daß das tatsächlich geschehen sei, und vor allem konnte er nicht behaupten, daß Genosse Miska der Täter war. Auch sonst ergaben sich in den Aussagen der Polizeibeamten Unstimmigkeiten, die für Staatsanwalt und Gericht von wenig Bedeutung waren, handelte es sich doch um einen Kommunisten, und der mußte, schon aus Gründen der „Staatsraison“, verurteilt werden.

Auch die Aussagen der Zivilzeugen, die durchweg die Schuld der Polizei an den Zusammenstößen feststellten, hatten bei diesem Gericht kein Gewicht.

Zu einem Zusammenstoß mit dem Vertreter der Anklage, Staatsanwalt Steinberg, kam es bei der Aussage des in der ersten Instanz freigesprochenen Genossen Thomas, der vor Gericht die üblichen Methoden der betreffenden Polizeibeamten feststellte, die den tauglichen Mut aufbrachten,

auf der Wache die wehrlosen Festgenommenen regelrecht zu überfallen und unter Führung des Wachmeisters Neumann den Genossen Miska zu misshandeln.

Der Staatsanwalt versuchte diese für ihn und das Polizeisystem

peinliche Feststellung dadurch zu unterbinden, daß er gegen sie Einspruch erhob mit der Begründung, sie „hätten nichts mit dem Gegenstand der Anklage zu tun“. Im übrigen fragen wir an, in welcher Weise der Vertreter des Polizeipräsidiums, der sowohl an der ersten Verhandlung wie auch an der gestrigen teilnahm, dem Polizeipräsidenten Bericht erstattet hat und welche Maßnahmen auf Grund dieses Berichtes gegen die schuldigen Polizeibeamten ergriffen worden sind.

Trotz des ausgezeichneten Plädoyers des Verteidigers, Rechtsanwalt Dr. Gottschalk, in dem er auf die Widersprüche der Anklage einging, wurde die Berufung des Genossen Miska verworfen und das erste Urteil — sechs Monate Gefängnis — bestätigt.

Anschließend an diese Verhandlung fand die Berufungsverhandlung gegen den Genossen Brodke statt. Dieser soll anläßlich einer Schiefwerder-Naziversammlung im vorigen Jahr den „Hausfrieden gebrochen“ haben. Er war deshalb in der ersten Instanz zu zwei Wochen Gefängnis verurteilt worden. Gegen das Urteil hatte er Berufung eingelegt. In der gestrigen Verhandlung zeigte Genosse Brodke wiederum das wahre Gesicht dieser Partei des organisierten Arbeitermordes auf, an deren Seite sich schamlos die Massenjustiz stellt. Selbstverständlich, daß auch hier die Berufung verworfen wurde. Die Naziversammlung ist also heilig. Wer in ihr den Mund aufstut, wird bestraft. Im Namen des Volkes! Ueberricht: Wir haben eine Republik!

700 Mark Familienunterstützung 800 Mark für Rechtsbeistand

Im Monat Mai wurden durch die schlesische Rote Hilfe aufgebracht **Ueber 40 Prozent mehr** werden im Monat Juni gebraucht! Stärke den Verteidigungsfond! **Werbe für die RHD.** in der Werbekampagne bis zum 15. Juli!

Immer noch Milchpantfcher in Breslau

Im Monat Mai wurden durch das Gewerbeamt eine größere Anzahl Warenproben zur chemischen Untersuchung angekauft. Hierunter wurden u. a. beanstandet: 11 Proben Vollmilch wegen zu geringen Fettgehalts, 3 Proben Vollmilch wegen Verwässerung, 2 Proben Butter wegen Verfälschung mit Margarine, 2 Proben Butter wegen zu hohen Wassergehalts, 2 Proben Vollmilchquart wegen zu geringen Fettgehalts. Die beanstandeten Milchproben wurden schon in diesem Zustande von auswärtigen Milchhändlern nach Breslau eingeführt. Auf Sauberkeit wurden revidiert: 891 Fleischereien, 378 Bäckereien, 437 Schankwirtschaften, 172 Fischgeschäfte, 172 Wild- und Geflügelhandlungen, 127 Milch- und andere Lebensmittelgeschäfte, 11 Molkereien, 28 Milchhandlungen, 80 Weinverkaufsstellen, 15 Vogel-

handlungen und 263 Straßenhändler sowie die Verkaufsstände der Großmarkthalle und der Markthallen 1 und 2.

Zur Anzeige gelangten insgesamt 71 Gewerbetreibende. Befehlt und verwahrt wurden 298 Gewerbetreibende, weil sie die einschlägigen Polizeiverordnungen erstmalig nicht beachtet haben. Beschlagnahme und vernichtet wurden: 3 1/2 Kilogramm Rindfleisch und 1 Laube, weil verdorben. Die Revisionen der Waagen, Maße und Gewichte erfolgten in 1693 Gewerbetrieben. Hierbei wurden 123 Gewichte, 3 Tafelwagen, 19 Flüssigkeitsmaße, weil unvorschriftsmäßig, aus dem Verkehr gezogen. Gegen 51 Gewerbetreibende wurden deshalb Strafanzeigen vorgelegt.

Die große Solidaritätsveranstaltung der J.A.H.

findet am kommenden Sonntag im Gartenlokal „Paradies“ in Dömitz statt. Aus dem Programm: Gartenkonzert, Rezitation, Kinderbewirtung und vieles andere mehr. Hast du schon die Plakette zum Solidaritätstag? Wenn nicht, gehe sofort zu deinem Funktionär oder in die Buchhandlung Oderstraße 23 oder in den Verlag der „Arbeiter-Zeitung“.

Festgenommener Messerstecher. Der 30jährige Fleischergehilfe Georg K., Taubengartenstraße, wohnhaft, wurde festgenommen, weil er verdächtig ist, in der vorigen Nacht den Tischler Franz M. aus der Bohrauer Straße durch mehrere Messerstiche schwer verletzt zu haben.

Brennendes Motorrad. Heute morgen gegen 7 Uhr fuhr ein Motorradfahrer auf der Trebniker Straße einen Radfahrer um. Bei dem Sturz entzündete sich das Benzin, wodurch das Motor-

rad in Brand geriet. Die Feuerwehr löschte das auf der Straße liegende Rad, konnte aber nichts an ihm retten.

Gute Beute machte ein Taschendieb an der Straßenbahnhaltestelle Kaiser- und Tiergartenstraße. Er entwendete einer Frau ein Portemonnaie mit 133 Mark Inhalt.

Ein Verkehrsunfall ereignete sich am Montagvormittag an der Straßenkreuzung Schweidnitzer- und Gartenstraße. Der Dömitz Pl. 100 2391, Neue Gasse 34 wohnhaft, fuhr mit einem Fa. rade auf der Schweidnitzer Straße und wollte die Straßenkreuzung passieren. In diesem Moment kam ein Personenauto und streifte den Radfahrer mit dem hinteren Kotflügel, so daß der Radfahrer zu Fall kam. Dabei drang ihm die Lenkstange des Rades in den Leib. Mit schweren inneren Verletzungen mußte er einen Arzt aufsuchen.

Essentielle Frauenversammlung des Stadtteils Ost am Mittwoch, 20 Uhr, bei Kretschmer, Taubengartenstraße, Ecke Rischstraße. Werktätige Frauen, erscheint zahlreich.

Achtung. Sonnabend findet bei Paradies (Paradies) in Dömitz ein Sommerabendball statt, veranstaltet vom Arbeiter-Sportverein „Mitschreit“. Anschließend früh 5 Uhr Ausflug nach der Schweidnitzer Gasse.

Genossinnen des Roten Frauen- und Mädchenbundes! Am kommenden Sonntag ist der Solidaritätstag der Internationalen Arbeiter-Hilfe. Auch wir erachten es als unsere proletarische Pflicht, zum Gelingen dieser Veranstaltung unseren Teil beizutragen, indem wir uns bei den vorbereitenden Arbeiten beteiligen. Daher fordern wir alle Genossinnen auf, sich täglich ab 9 Uhr im Büro der J.A.H.,

Alle Bauarbeiter heute Dienstag abend im „Gelben Löwen“, Oderstraße, zur Versammlung.

Raisins von Langold mit Gaskaffee-Raisins-Orbitbrot.

Städt. Sparkasse zu Breslau

Verantwortlich für den politischen Teil: Ernst Scheller, Redakteur für den Provinzialteil (außer Oberschlesien) Rudolf Franz, Redakteur für Oberschlesien Fritz Jenzsohl, Redakteur für Inland: Carl Gumboldt, Redakteur

Resolution über den Kampf gegen den Faschismus

Beschlossen vom Polbüro des ZK. in der Sitzung vom 4. Juni 1930

1. Die gegenwärtige Situation wird durch die gesteigerten Vorläufe des Faschismus gegen die Arbeiterklasse gekennzeichnet. Die Erhöhung der nationalsozialistischen Stimmensätze bei den letzten Wahlen, die Ausführung brutaler Mordüberfälle von nationalsozialistischen Terrorgruppen auf die Arbeiterschaft signalisieren den Ernst der faschistischen Gefahr. Die Steigerung der faschistischen Bewegung erklärt sich aus

einer Reihe objektiver Ursachen:

1. Die Annahme des Young-Plans, der ungeheure Lasten für die werktätige Bevölkerung mit sich bringt und dem Faschismus einen günstigen Anlaß zur demagogischen nationalsozialistischen Agitation gegen die „Verflawung des deutschen Volkes durch das ausländische Finanzkapital“ bietet.
2. Die Wirtschaftskrise, deren katastrophale Auswirkungen breite Massen des Kleinbürgertums in Stadt und Land zur Verzweiflung treiben und zum willigen Objekt der schmerzhaften „antikapitalistischen“ Demagogie des Faschismus machen.
3. Das deutsche Finanzkapital eröffnet mit Unterstützung der Sozialdemokratie die schärfste Unternehmerrasserie gegen die Arbeiterklasse mit dem Ziel des direkten Lohnabbaues (10 bis 40 Prozent), Herabsetzung der Löhne durch eine Reihe von Schleichsprüchen in letzter Zeit, des planmäßigen Raubes der Erwerbslosenunterstützung, des Abbaues aller sozialpolitischen Ausgaben, der vollständigen Entrechtung der Arbeiterklasse. Hand in Hand mit dem bürokratischen Staatsapparat, besonders der größtenteils von Sozialdemokraten geleiteten Polizeimacht, werden die faschistischen Terrorbanden (Nationalsozialisten, Stahlhelm u. a.) gegen das Proletariat losgelassen, um die Arbeiterklasse für Lohnabbau, Unterstützungsraub und alle anderen Forderungen des Finanzkapitals gefügig zu machen.
4. Die Übernahme der Regierungsmacht durch das Kabinett des Bürgerblocks, in dem die Führer der faschistischen Wehrorganisationen (die Stahlhelmschule und Treppenhaus) zusammen mit den Reichsbannerparteiern liegen. Die Regierung Brüning, die eine Koalition der Stahlhelmparteien mit den Reichsbannerparteiern darstellt, bewaffnet und organisiert unter stillschweigender Mithilfe der Sozialdemokraten (Höring, Jürgel, Schönfelder, Baunack) die faschistischen Terrorbanden zur Niederschlagung der proletarischen Revolution.
5. Der Faschismus ist in den letzten Jahren dank des Entgegenkommens der sozialdemokratischen Führerschaft

Immer fester mit dem bürgerlichen Staatsapparat verwachsen

Das zeigt sich besonders in seinem zunehmenden Einfluß auf die Landesregierungen. Die Regierung Baum-Frid in Thüringen ist bereits — ähnlich wie die Regierung Schöber in Ostpreußen — der Beginn einer Regierung der faschistischen Diktatur, in der die nationalsozialistischen Wehrverbände bereits die Staatsmacht in hohem Maße beherrschen, offene Träger der Staatsgewalt werden.

6. Der Fah und die Erbitterung breiter Volksmassen über die verheerende Koalitionspolitik der Sozialdemokratie treibt dem Faschismus neue Anhänger in die Arme.

7. Das Verbot des Kfz, die Verfolgung der revolutionären Arbeiterbewegung durch den Sozialfaschismus unter Führung der Eberling, Gröppel, Jürgel, die sowohl innerhalb als außerhalb der Regierung alles tun, um die faschistische Bewegung zu fördern und zu begünstigen.

8. Das Wachstum des revolutionären Aufschwunges, die außerordentliche Verschärfung des Klassenkampfes in Deutschland führt zur Sammlung aller konterrevolutionären Kräfte gegen das revolutionäre Proletariat im Lager der entschlossensten gewalttätigen Reaktion, im Lager des Faschismus.

II. Infolge aller dieser Ursachen erhält die faschistische Bewegung in ganz Deutschland einen neuen Antrieb. In der Inflationszeit bis zum Oktober 1923 trug die faschistische Bewegung in ganz Deutschland einen vorwiegend nationalpolitischen Charakter. Sie war stark von kleinbürgerlichen Elementen beherrscht, sie duldet in ihren Reihen gewisse sozialdemokratische Tendenzen. In den ersten Stabilisierungsjahren erfolgte ein starker Rückgang der faschistischen Bewegung.

Mit der

zunehmenden Erschütterung der kapitalistischen Stabilisierung,

mit dem Wachstum des neuen revolutionären Aufschwunges, erhebt der Faschismus abermals in Deutschland sein Haupt. Der Charakter der Bewegung hat sich grundlegend geändert. An ihrer Spitze stehen ausschließlich bewachte und struppellose Agenten des Finanzkapitals, besonders des schwerindustriellen Unternehmertums. Die faschistischen Organisationen sind vollständig in das Staatsystem der bürgerlich-kapitalistischen Republik eingebunden. Der Faschismus hat seine außenpolitische Orientierung im Sinne der Bündnispolitik mit den imperialistischen Weltmächten geändert und agitiert offen für die Teilnahme Deutschlands an einem reaktionären Interventionskrieg gegen die Sowjetunion.

III. Diese Lage zwingt unsere Partei und die gesamte revolutionäre Arbeiterschaft,

den Kampf gegen die faschistische Gefahr auf das äußerste zu verschärfen.

Dieser Kampf bildet einen unmittelbaren Bestandteil der breiten proletarischen Gegenoffensive gegen den Unternehmerrasserie. Vor der deutschen Arbeiterklasse steht in ganzer Größe die Aufgabe, den Faschismus und seine Terrorbanden bis zur vollständigen Vernichtung niederzulassen. Diese Aufgabe kann nicht nur durch Teilkämpfe und Einzelmaßnahmen gelöst werden, sondern sie bildet eines der entscheidenden Probleme der deutschen Revolution, deren Sieg allein die endgültige Liquidierung des Faschismus, seine physische Vernichtung sichert.

Das Ziel der faschistischen Bewegung ist die Aufrichtung der faschistischen Diktatur, die blutige Zerschmetterung der gesamten Arbeiterbewegung, die Errichtung eines Regimes des weißen Terrors, der Standgerichte und des Mordmordes, wie es die Herrschaft Mussolinis in Italien ist.

Diesem Ziel stellen wir das revolutionäre Klassenziel des Proletariats entgegen: Den Sturz des Kapitalismus, die Aufrichtung der proletarischen Diktatur.

die Erkämpfung eines Sowjetdeutschlands!

Das stärkere Hervortreten des Faschismus in der gegenwärtigen Periode ist keineswegs ein Zeichen des Rückgangs der proletarischen Bewegung, sondern im Gegenteil, die Reife der revolutionären Aufschwunges, die unvermeidliche Begleiterscheinung des Heranreifens einer revolutionären Situation. Je nach härterer Maße als die faschistischen Kräfte der Bourgeoisie sich sammeln, wachsen die antifaschistischen Kräfte der proletarischen Revolution.

IV. Der Kampf gegen den Faschismus muß als politischer Massenkampf auf breiter Grundlage geführt werden. Er muß eng verbunden werden mit allen Tageskämpfen der Arbeiterschaft gegen das Unternehmertum, mit den Wirtschaftskämpfen der Betriebsarbeiter um höhere Löhne, um den Siebenstundentag, gegen die kapitalistische Rationalisierung und mit dem entschlossensten Kampf der drei Millionen Erwerbslosen um Brot und Arbeit. In seinem Bestreben, auch in die Reihen der Arbeiterschaft einzudringen und konterrevolutionäre Zellen in den Hochburgen der revolutionären Bewegung zu bilden, versucht der Faschismus, in direktem Auftrag des Unternehmertums, die Reihen der Arbeiterschaft zu spalten und zu zerlegen. Die Spaltungspolitik der sozialfaschistischen Führerschaft in allen proletarischen Massenorganisationen, besonders in den Gewerkschaften, leistet dem Faschismus in diesem Bestreben unmittelbare Hilfsdienste.

Unsere Partei macht daher die Herstellung der proletarischen Einheitsfront von unten,

die Zusammenfassung der gesamten Arbeiterschaft im Kampfe gegen die Bourgeoisie und ihre Agenten zur Grundlage ihres Kampfes gegen den Faschismus.

V. Dieser Kampf muß auf ideologischem Gebiete geführt werden, durch die rücksichtslose Entlarvung der betrügerischen Phrasen des Faschismus über seinen angeblichen „Kampf gegen den Young-Plan“, seinen angeblichen „Kampf gegen den Kapitalismus“, seine angebliche „Arbeiterfreundlichkeit“. Gegenüber diesen Phrasen muß die Partei die tatsächliche Politik des Faschismus enthüllen.

Unter der Flagge des „Kampfes gegen den Young-Plan“ führen die Nationalsozialisten in Deutschland den Young-Plan durch, unterstützen sie gemeinsam mit dem internationalen Finanzkapital die Raub- und Hungerpolitik der Regierung Brüning, handhaben sie durch ihren Thüringer Minister Frid das Verbot des Kfz auf Grund der schändlichen Bestimmungen des Versailleser Friedensvertrages und bieten sich den Gläubigermächten des Young-Planes als Landsknechte gegen die Sowjetunion an.

Unter der Flagge des „Kampfes gegen den Kapitalismus“ betätigen sich die Faschisten als die gemeinsten Soldaten des Kapitalismus, unterstützen sie die Unternehmerrasserie mit der Waffe in der Hand gegen die Arbeiterschaft, widersehen sie sich mit terroristischen Mitteln jedem Lohnkampf, jeder Bewegung für die Verbesserung der Lage der Arbeiterschaft, organisieren sie die Erschießung und Entsetzung der besten proletarischen Kämpfer gegen den Kapitalismus, der Kommunisten, der roten Frontkämpfer, der roten Sportler, der kommunistischen Jungarbeiter.

Unter der Flagge der „Arbeiterfreundlichkeit“ stellen sich die Faschisten in den Dienst der schlimmsten Arbeiterfeinde. An der Spitze ihrer Bewegung stehen die Soldatenschinder des letzten Weltkrieges, die Generale und Offiziere, die Epp und Killinger, Hohenzollernprinzen, wie August Wilhelm, Rittergutsbesitzer und adliges Gefolge, Fabrikanten und Ausbeuter jeder Sorte. Die Nationalsozialisten treten, trotzdem sie es immer leugnen, immer wieder als Streikbrecher auf (Berliner Tagblatt). Sie verhindern in den Staats- und Gemeinderäten jede Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung. Sie unterstützen den Zollwucher, die arbeiterfeindlichen Steuern. Sie verhängen Kopfsteuern, wie die Frid-Regierung in Thüringen, sie bauen die Gehälter der unteren Beamten ab, sie kümmern allen Massenentlassungen und Mahregelungen Klassenbewachter Arbeiter zu.

VI. Der Kampf gegen die Faschisten muß der gesamten politischen Linie der Partei entsprechen. Fest verbunden mit dem Tageskampf der Arbeitermassen um die Verbesserung ihrer Lebensbedingungen, muß

dieser einen entschlossenen offensiven Charakter

tragen. Die beginnende Zerlegung unter der werktätigen Gefolgschaft der faschistischen Bewegung, die zweifellos zunimmt, macht eine Differenzierung zwischen den faschistischen Führern und den irreführten Massen ihrer werktätigen Anhänger notwendig. Daher ist die ideologische Anwendung der Lösung: „Schlagt die Faschisten, wo ihr sie trefft!“ im gegenwärtigen verheerendsten Stadium des Kampfes ungewöhnlich. Die Hauptlösung muß in der gegenwärtigen Situation

der politische und wehrhafte Massenkampf des Proletariats und aller Werktätigen gegen den Faschismus

mit dem Ziele seiner vollständigen Vernichtung sein.

Der Faschismus in Deutschland beschränkt sich keineswegs auf die faschistischen Kampf- und Mordorganisationen, die Nationalisten, den Stahlhelm usw., sondern er erfährt auch alle wichtigen bürgerlichen Parteien. Die Faschisierung Deutschlands erfolgt sowohl durch die faschistischen Kampforganisationen als auch durch den bürgerlichen Staatsapparat und seine sozialfaschistischen Agenten.

Der Kampf gegen den Faschismus ist ein untrennbarer Bestandteil des Kampfes gegen den Kapitalismus, gegen die bürgerliche Klassenherrschaft. Der Kampf gegen den Faschismus ist daher untrennbar mit dem Kampf gegen die sozialdemokratische Partei und ihre Führerschaft, die eine entscheidende Waffe der Faschisierung Deutschlands darstellt.

VII. Die zunehmenden Bluttaten und Terrorakte der Faschisten rufen die härteste Erbitterung der gesamten Arbeiterschaft weit über die Reihen der kommunistischen Partei hervor und weigern in den breitesten Massen den Willen zum entschiedenen Kampf gegen die faschistische Gefahr. Die kommunistische Partei muß sich

an die Spitze dieser Bewegung stellen.

Sie hat gegenwärtig außerordentlich günstige Möglichkeiten, große Massen von sozialdemokratischen, parteilosen und christlichen Arbeitern, von Reichsbannerarbeitern, von SAJ- und Jungbannerarbeitern in den aktiven Kampf gegen den Faschismus einzubeziehen. In Verbindung mit der beginnenden Streikwelle und den Wirtschaftskämpfen gegen die Unternehmerrasserie muß die Partei und die revolutionäre Gewerkschaftsopposition die stärkste Initiative zur Herstellung der Millionenfront, der proletarischen Einheitsfront von unten, gegen den Faschismus und damit zugleich gegen den Bürgerblock und die sozialfaschistischen Führer entfalten.

Die Mobilisierung der breitesten Massen gegen den Faschismus darf sich nicht auf das Industrieproletariat beschränken. Die Partei muß insbesondere die Massen der Landarbeiter, das notleidende städtische Kleinbürgertum, die Beamten und Angestellten, die verelendeten Kleinrentner, Kleingewerbetreibenden, Handwerker, die verarmten Kleinrentnermassen in allen Teilen des Reiches gegen den Faschismus und seine ausbeuterische, großkapitalistische Politik in den Kampf führen.

VIII. Der politische und wehrhafte Massenkampf gegen den Faschismus hat zur unbedingten Voraussetzung die

Differenzierungs- und Zersetzungsarbeit

innerhalb des Lagers der werktätigen Anhänger der sozialfaschistischen Organisationen. Die Uebertritt einer Reihe von Nationalsozialisten zur revolutionären Klassenfront, die steigende Gärung und Unzufriedenheit in der proletarischen und Kleinbürgerlichen Gefolgschaft der faschistischen Bewegung (Schleswig-Holstein, Baden, Köln, Berlin-Brandenburg) zeigen, daß es möglich ist, breitere Schichten von Mitgliedern, Anhängern, Mitarbeitern und Wählern von der faschistischen Bewegung loszulösen.

Die Tätigkeit der Partei auf diesem Gebiet ist völlig unzureichend und muß sofort in höchstem Maße verstärkt werden. Alle Organisationen werden verpflichtet, diese Direktiven des Politbüros über die verstärkte Zersetzungsarbeit innerhalb der faschistischen Anhängergruppen unverzüglich durchzuführen.

IX. Gleichzeitig mit dem ideologischen und politischen Kampf ist die Organisation des

wehrhaften Massenkampfes gegen den Faschismus

von der allergrößten Bedeutung. Die faschistischen Vorläufe bilden eine ernste Gefahr für die gesamte Arbeiterklasse. Unsere Partei muß gegen diese Gefahr auf bolschewistische Art kämpfen. Das bedeutet die Ueberwindung zweier falscher Tendenzen in unseren Reihen. Einerseits die Tendenz der terroristischen Verzweiflungstaktik, die das Hauptgewicht des Kampfes auf bewaffnete Einzelakte gegen die Faschisten verlegt; andererseits die Tendenz zum Zurückweichen, zur Panik und zum Opportunismus. Beide Abweichungen haben nichts mit der bolschewistischen Linie unserer Partei zu tun. Der wehrhafte Kampf gegen den Faschismus muß unter allen Umständen ein organisierter Massenkampf sein.

Zu diesem Zweck ist die Mobilisierung aller revolutionären Wehrorganisationen des Proletariats, die Einbeziehung aller Massenorganisationen der Arbeiterschaft, insbesondere der roten Sportbewegung, gegen den Faschismus notwendig.

Die Bildung von roten Betriebswehren auf breiter Grundlage

unter stärkster Einbeziehung von sozialdemokratischen, christlichen und parteilosen Arbeitern muß in allen Betrieben unter aktiver Mitwirkung der roten Betriebsräte, der revolutionären Betriebsratsleute, der Parteizellen, der Betriebsgruppen der KPD, und der Betriebsgruppen der proletarischen Wehrorganisationen durchgeführt werden.

Kein Betrieb in Deutschland ohne eine rote Betriebswehr! — Das muß die Losung der ganzen Arbeiterklasse werden.

Die Bildung von besonderen Erwerbslosenwehren ist unausführbar. Die Erwerbslosen, die in der vorersten Front des Kampfes gegen den Faschismus stehen, müssen in die antifaschistischen Wehrorganisationen des Wohngebietes und in die Betriebswehren einbezogen werden.

Gegen den Werksfaschismus und die faschistischen Betriebszellen muß ein erbitterter Kampf geführt werden, um mit allen Methoden der Massenaktivität bis zur kollektiven Verweigerung der Zusammenarbeit mit Mitgliedern der faschistischen Mordorganisationen die konterrevolutionären Zellen im Betriebe zu vernichten und diejenigen Arbeiter, die der Werksfaschismus bereits erfaßt hat, von ihnen loszulösen. Hierbei muß besonders die KPD, und die rote Arbeiterpartei Bewegung tatkräftig hervortreten.

Auf dem Lande ist die Bildung roter Gutswehren und antifaschistischer Dorforganisationen durchzuführen.

X. Besonders wichtig ist die Entfesselung des politischen und wehrhaften Massenkampfes gegen den Faschismus in solchen Gebieten wie Thüringen und Sachsen, wo die Nationalsozialisten entweder bereits die Staatsmacht erobert haben oder sie in besonders starkem Maße beeinflussen. Der Temporeis, den unsere Organisationen in diesen Bezirken im Kampfe gegen den Faschismus erlitten haben, muß sofort durch größte Aktivität wieder ausgeglichen werden.

Der Faschismus richtet besondere Anstrengungen darauf, bei der jungen Generation der Arbeiterschaft und des Bauerntums Einfluß zu erlangen. Das verpflichtet den kommunistischen Jugendverband, unter stärkster Durchführung der von ihm begonnenen Arbeit zur Massenpolitik mit größter Energie die Millionen Jungarbeiter und alle jugendlichen Werktätigen in Stadt und Land gegen den Faschismus in den Kampf führen.

Mit der weiteren Entfaltung des Massenkampfes gegen den Faschismus muß eine umfassende Propaganda für den politischen Massenstreik als Antwort auf die faschistischen Ueberfälle eröffnet werden.

Vormarsch oder Zurückschlagung des faschistischen Angriffs auf die Arbeiterklasse hängt in entscheidendem Maße von der Aktivität und der Offenherzigkeit unserer Partei ab. Dort, wo die Kommunisten die Generallinie unserer Partei richtig anwenden, wird nicht nur der Faschismus zurückgeschlagen, sondern gleichzeitig die sozialfaschistische Front durchbrochen. Die Partei muß alle Kräfte ansetzen, um dieses Ziel überall zu erreichen.

Kettet die drei Jungarbeiter von Lemberg!

Der polnische Faschismus schied sich an, ein Verbrechen zu begehen, das, wenn vollbracht, sogar in der Terrorgeschichte der Wilschubst-Diktatur beispiellos sein wird. Das Klassengericht in Lemberg verurteilte drei Jungarbeiter, die Genossen Hirsch, Zugen und Propper, die des Hochverrats angeklagt waren, zum Tode durch den Strang. Das Gericht erblühte den Hochverrat darin, daß diese drei Jungarbeiter „kommunistische Flugblätter verbreitet hätten“.

Es ist zweifellos: dieses Bluturteil ist nicht ein Zeichen der Stärke der faschistischen Diktatur in Polen, sondern ein Zeichen ihrer Schwäche.

Die polnische Bourgeoisie befindet sich in einer ausweglosen Lage. Die wirtschaftliche Krise des Landes vertieft sich ständig und es reifen bereits die Elemente einer allgemeinen Krise heraus. Alle Industriezweige Polens sind von einer schweren Krise ergriffen; den Kommandohöhen der polnischen Industrie wurden in den letzten Monaten schwere Schläge verfehlt. Auch die Agrarkrise im Lande vertieft sich immer mehr. Als Folge dieser Agrarkrise werden ungeheure Massen nicht nur der armen, sondern auch der kleinen und eines Teiles der mittleren Bauernschaft immer mehr pauperisiert. Eines der wichtigsten Symptome der Vertiefung der Wirtschaftskrise ist, daß die Arbeitslosigkeit bereits ungeheure Ausmaße angenommen hat. Jeder zweite Arbeiter ist in Polen erwerbslos oder leistet Kurzarbeit. Die nächste Perspektive trägt eine weitere Verschärfung der Krise und den weiteren Ruin der werktätigen Massen in sich.

Auf der Basis dieser wirtschaftlichen Krise verschärfte sich auch die politische Krise immer weiter. Die Binschwekung der werktätigen Massen in Stadt und Land geht in raschem Tempo vor sich. Die Industriearbeiter führen Demonstrationen und jährliche Streiks durch. Ihre Kämpfe tragen nicht mehr rein defensiven Charakter, sondern werden immer mehr zu offensiven Kämpfen. Auf dem Lande widerlegen sich die Bauern wiederholt den Steuererhöhungen mit gewalttätigen Mitteln. Sie boykottieren die Steuerzahlung. Besonders stark ist die Erbitterung der werktätigen Massen im auch national unterdrückten Weißrußland und der Westukraine. Das beschleunigte Tempo der revolutionären Aufschwungs führt bei der aktuellen Wirtschaftskrise zu einer Erschütterung der einzelnen Glieder des faschistischen Systems und zu einem Zwiespalt im faschistischen Lager selbst.

Der polnische Faschismus versucht den gordischen Knoten der Widersprüche durch die ungeheure Steigerung des Terrors, durch eine wahnsinnige Offensive gegen die revolutionäre Arbeiterbewegung und durch die Beschleunigung der Kriegsvorbereitungen gegen die Sowjetunion zu zerhacken. Die revolutionären Arbeiter und armen Bauern der Westukraine werden besonders grausam unterdrückt, um in diesem Aufmarschgebiet gegen die Sowjetunion, in diesem Kampfgebiet des neuen Marsches auf Kiew „Ruhe und Ordnung“ zu sichern.

Das ist die Lage, die den Hintergrund für das Bluturteil von Lemberg bildet.

Die revolutionären Arbeiter Polens werden aufmarschieren, um das Leben der zum Tode verurteilten Jungarbeiter zu schützen. Sie müssen aber in ihrem Kampfe von der revolutionären Arbeiterbewegung der ganzen Welt unterstützt werden. Das ist nicht nur eine Pflicht der internationalen proletarischen Solidarität. Jede Hilfe, die die revolutionären Proletarier der anderen Länder ihren polnischen Brüdern angedeihen lassen, jeder Schlag, den sie der faschistischen Diktatur Wilschubst versetzen, ist nicht nur ein Schlag auf die Hand des Henkers, sondern trägt auch dazu bei, daß der Faschismus in Polen es nicht wagt, seine bewaffneten Kräfte gegen das Vaterland aller Werktätigen, die Sowjetunion, zu mobilisieren.

Die französische Marockoarmee hat eine neue Offensive gegen die Marokkaner unternommen. Die französische Postenkette zwischen Kanisra und Taghadjit an der Tada-La-Front wurde um mehrere Kilometer in Gebiete vorgeschoben, in denen nicht unterworfenen Stämme leben.

Immer neue Kätegebiete in China

Bezirks-Sowjetregierung in der Provinz Bekiang — Erfolge in Hupei, Kiangsi und Hunan

Schanghai, 23. Juni. Der Bezirk Pingsang im Süden der Provinz Szechuan ist von einer tausend Mann starken Rotarmistenabteilung besetzt. Die Stadt Pingsang hat eine Räteregierung, auf dem Lande ist die Agrarrevolution vollzogen. Die Räteregierung hat sofort für die Herabsetzung der Lebensmittelpreise gesorgt und die Steuerbestimmungen aufgehoben.

„Schanghai Pao“ berichtet, daß die revolutionäre Bewegung in den Provinzen Hupei, Kiangsi und Hunan mit überaus rascher Geschwindigkeit um sich greift. Die 5. Armee, die dort operiert, gehört zu den besten Truppen der chinesischen Roten Armee. Zu Beginn ihrer Tätigkeit besaß sie etwa 10 000 Gewehre, jetzt mehr als 20 000. In allen von der Roten Armee besetzten Gegenden entstehen Rotgardistentrupps, die Zehntausende zählen. Sobald die Roten sich den Bezirksstädten nähern, bricht in der Stadt ein Aufstand aus, und die Rote Armee ist stets der heldenmütigen Unterstützung der werktätigen Bevölkerung sicher. Auf diesen Umständen sind die Siege der Roten Armee zurückzuführen.

Nankings Flotte gegen Aufständische

Schanghai, 23. Juni. Auf Ersuchen der Regierungsbehörden der Provinz Kiangsi landeten die Behörden in Hankau ihre Flottillen zur Verteidigung der Ufer am Hsianghsufluß an der Grenze zwischen Hupei und Kiangsi. Hier an den verschiedenen Stellen sind gegenwärtig Kämpfe zwischen den Regierungstruppen und der Bauernarmee im Gange.

Streiks und Hungerunruhen

Schanghai, 23. Juni. Der in der französischen Konzession zu Schanghai ausgebrochene Streik der 500 Straßenbahner hat eine weitere Ausdehnung erfahren und umfaßt jetzt über 1000 Streikende.

In den Dörfern fast sämtlicher Provinzen herrscht eine schwere Reiskrise. In Dschetsjang sind über sechs Millionen

Bauern von der Hungersnot betroffen. Es kam verschiedentlich zu Unruhen und zur Demolierung der Reisläden. Mitte Mai waren die Reisläden zu einer Massenbewegung angeschwollen. Die Reisläden in den Dörfern und Städten werden häufig von nach Tausenden zählenden Bauernmengen angegriffen. In vielen Bezirken ist der Reizegenstand verhängt worden.

Finnische Konterrevolution und Kriegsgefahr

Die „Trawda“ schreibt in einem Leitartikel, der die wachsende Gefahr eines kapitalistischen Interventionskrieges gegen die Sowjetunion behandelt, über den faschistischen Vorkrieg in Finnland:

„Die neuerlichen Vorgänge in Finnland sind als ein wichtiges Glied in der Kette der antisowjetischen Kriegsvorbereitungen zu betrachten. Von der finnischen Sozialdemokratie eifrig unterstützt, trachten die finnischen Faschisten, endgültig an die Macht zu gelangen und die revolutionären Organisationen der finnischen Arbeiterklasse niederzuschlagen. Sie erkennen wohl die große Bedeutung der Arbeiterklasse in Finnland und ziehen ihre Organisiertheit und ihre alten revolutionären Traditionen in Betracht.“

In der politischen Arena ist wieder der „Mittanatheld“ der finnischen Bourgeoisie, der blutige Henker der Arbeiterklasse, Soiniuvod, erschienen, der in enger Zusammenarbeit mit dem Generalmajor Mannerheim, mit Hilfe der Bajonette der deutschen Kaiserjäger 1918, das finnische Proletariat niederschlug. Der finnischen Arbeiterklasse droht ein neues Bachchanal des weißen Terrors. Solchweid und Konsorten sind abgefeimte Vertreter des finnischen Faschismus, Befürworter der Schaffung des Antisowjetbundes der baltischen Länder und des sowjetfeindlichen Bündnisses mit Polen. Ihre Disziplin ist auf die Annexion Kareliens gerichtet. Sollen, wie es jetzt scheint, die finnischen Faschisten zur Herrschaft gelangen, so wird unzweifelhaft die Aggressivität Finnlands gegen die Sowjetunion eine weitere Zunahme erfahren.

Ernfte Lage in Bombay

Massenstreiks und neue Zusammenstöße — Beteiligung der Sikhs an den Kämpfen

Bombay, 23. Juni. Aus Protest gegen das von der Polizei unter den Demonstranten am Sonnabend angerichtete Blutbad sind die Belegschaften fast sämtlicher Betriebe von Bombay in den Streik getreten. Sämtliche Geschäfte halten geschlossen. Die Stimmung der indischen Massen ist außerordentlich erregt. Stündlich ereignen sich neue Zusammenstöße, weil die Polizeigruppen immer wieder versuchen, die Menge auseinanderzureißen.

Unter den am Sonnabend verwundeten 500 Personen befinden sich 350 Schwerverletzte. Alle Bombayer Krankenhäuser sind mit Opfern des Macdonaldschen Terrors überfüllt. Die englische Presse mißt den Vorgängen in Bombay größte Bedeutung bei, weil sich an den Niederdemonstrationen nicht nur Mohammedaner, sondern auch die bisher für unbedingt englandfreundlich gehaltenen Sikhs in Massen beteiligten.

In Kalkutta kam es anlässlich der Verhaftung von 20 Personen wegen Streikpostenstehen vor den europäischen Geschäften zu Demonstrationen und Zusammenstößen. Bei einer Demonstration in Surab trieben Polizeigruppen

zu Fuß und Pferd die Menge auseinander und verletzten sieben Personen.

Die Orte Bezwada, Satyagraha und Aghram (nördlich von Madras) wurden militärisch besetzt. Ueber Bezwada wurde der Belagerungsstand verhängt. Sämtliche Versammlungen und Demonstrationen sind verboten worden.

Kurze Auslandsnachrichten

Der japanische Admiralstab hat vom Kabinett die Bewilligung von 10 Millionen Yen für neue Kriegsrüstungen verlangt.

Mehrere europäische Länder, die von der Erhöhung der amerikanischen Zölle betroffen wurden, haben nach Bittermeldungen der französischen Regierung den Wunsch übermittelt, in einen Meinungsaustausch über die Angelegenheit einzutreten.

Belagerung eines Flusses

Von Fjodor Gladkow

1. Fortsetzung

„Nun, also... Ich hab es dir doch gesagt. Gewiß spricht er von unserem Bau.“

Er nickte Weberheim Zustimmung und unterbrach ihn ungeduldig:

„Richtig, Genosse Weberheim!... Der Schwung der Arbeit ist bei uns tüchtig. Die ganze Fläche unseres Baues nimmt mehr als zehn Quadratkilometer ein. Auf jenem Ufer werden noch Erdarbeiten zur Vertiefung der Schleuse durchgeführt. Die Fläche eines Quadratkilometers für die Landungsstelle der Schiffe ist schon im Vorjahr fertiggestellt worden. Die Arbeiterbesetzung besteht aus hundertfünfzig Häusern. Auf diesem Ufer ist eine Eisenbahnstation erbaut worden. Das Fundament für ein Wasserkraftwerk mit dreizehn Aggregaten ist bereits gelegt worden. Auf den Staudämmen wird mit Holzdampf gearbeitet. Arbeiter gibt's hier über zwölftausend... Zur Hälfte sind es qualifizierte. Die Kessel für den Damm werden betoniert. Ihre Länge wird ungefähr ein Kilometer betragen.“

Mironow zeichnete auf ein Blatt Papier rote Skizzen einzelner Teile des Planes des Wasserkraftwerkes. Glott kritzelte er Ziffern und Benennungen, ließ sich gleich von dem Märchen einer nahen Zukunft hinreißen, die sich da ungeschickt und unsauber in zerrissenen Strichen, Winkeln und Schlingen verkörperte. Sein Gesicht veränderte sich plötzlich: es wurde düster und blaß vor Erregung; die Augen, ein wenig trunken von angestrengtem Denken, wurden durchsichtig und hart, als hätten sie auf diesem verschriebenen und bekräftigten Papier außerordentliche Bilder von Apparaturen, gigantischen Maschinen, Palästen und ungeheuren Arbeitsleistungen erblickt. Blendende Gelb- und zahllose gestreute Feuer verbrannten die Nacht, und die Sterne des Himmels konnten die Wasserfälle der Feuer nicht mehr überwinden und schmolzen spurlos und für immer. Unterirdisches Summen der Maschinen und Getöse der Meeresbrangung erschütterte Luft und bebauete Felder mit ungeheurem Fall der Wasser. Und zehntausende Volt starker elektrischer

Strom speist hunderte Werjt weit die enormen Motoren einer Menge von Fabriken, durchstrahlt den unterirdischen Wirrwarr der Schächte mit Licht und bringt in Bauernhäuser, Geschäfte, Druschtenen und die unübersehbaren Felder der Ackerbauer ein. Der Proletarier und der Bauer hört von diesem Tage an auf, Sklave seiner Maschinen und seiner Felder zu sein, er ist schon Herrscher seiner Arbeit, Herrscher dieses — möge es klein sein — Stücks der Erdoberfläche. Sozialismus. Genossen, wir bauen den richtigen Sozialismus.“

Und es war ihm nicht mehr schämlich davon, daß an seinem Kopf andere Köpfe steckten, Köpfe von Menschen, die aus einer anderen Welt gekommen waren, wo Millionen Arbeiter noch in Klavere lebten. Wo Herrscher und Diktator des Lebens immer noch das Kapital war. Und nicht nur mit dem Bewußtsein, sondern mit der ganzen Tiefe seines Innern führte Mironow, daß er eine Macht, daß er der Herr auf dieser Erde, daß seine Bestimmung enorm war, aber sie erdrückte ihn nicht mit ihrer über alle Kräfte gehenden Last, vielmehr füllte sie ihn mit Entzücken, Machtbewußtsein, Glauben, Kühnheit und großem Verantwortungsgesühl vor der Geschichte.

Die Schär der Deutschen mit den Gesichtern, die ebenso abgemüht waren wie die Mironows und Bragins, aber langsam, fehnig, ermilbet von der Reize und den Eindrücken, mit stets ungeschützten Augen, die verblüfft waren von der nie gesehenen Erde, die vor ihnen wie das verheißene Land schimmerte — alle achtzehn Mann, fummelblond, bestrahlt, schweißdurchtränkt, beunruhigt von den unzähligen Begegnungen und liebevollen Begrüßungen der russischen Genossen, die sie niemals gekannt hatten, sie alle drängten sich in einem heißen Anäuel über den Tisch und blähten gierig auf die eiligen, sicheren und schwungvollen Bewegungen von Mironows Hand, auf seine Zeichnungen und Ziffern, die in flatter, beständigster Unordnung über das Papier jagten.

Die Deutschen drängten sich aneinander, verfolgten ihre Arme, verwickelten sich in die Hände Mironows, langten mit den Fingern nach den Zeichnungen und Ziffern und brummen im Wirrwarr durcheinander, so daß man nicht ausmachen konnte, ob sie zu einem aus ihrer Mitte oder zu Mironow sprachen. Weberheim antwortete rasch, ohne sich zu ihnen umzuwenden, kurz und entschlossen. Bragin schien es, daß der Führer der Deutschen sich über die anderen Delagierten ärgerte, die ihn sozusagen störten, diese verwirrten Linien, Schlingen, Dreiecke und Ziffern auf dem Papier da zu begreifen. Alle waren besorgt,

vertieft, nachdenklich und ein wenig erregt. Niemand lächelte, alle waren verschlossen und düster. Einige machten ihre Notizzbücher auf und kopierten eilig und mühsam die Zeichnungen Mironows hinein.

Es war sonderbar, daß diese Menschen von fremdem Aussehen, die eine unverständliche Sprache sprachen, aber arbeitshärtige Kugeln auf den Gesichtern und Schwielen auf den groben Händen hatten, aufmerksam und angestrengt Mironow zuhörten und unabwendbar seinem eiligen Bleistift folgten. Sie schienen schon in den stummen Sinn seiner Worte eingedrungen zu sein. Es war, als hätte sich seine Rede, die im Rauf durch diese Zeichnungen und Ziffern donnerte, in ihnen als wunderbares Gebilde widerspiegelt, umgewandelt in die gewohnten Gestalten ihres Landes.

„Und jetzt, Genossen, stellen wir dar, was in der allerhöchsten Zeit geschehen wird. Das hier ist ein Damm. Seine Höhe von der Sohle aus beträgt sechzig Meter. Er schließt mit einer Artade von sechzig Durchlässen mit Stoney-Schöpfstühlen ab. Obere Stufe. Untere Stufe. Die Höhe zwischen ihnen beträgt rund vierzig Meter. Seht ihr diese Berge? Ihre Felsen sind die Ufer des Flusses. Sie werden unter Wasser verschwinden. Es wird ein ungeheurer See werden, hundert Kilometer lang, mit tiefen Buchten. Das sind — Schluchten, die mit Wasser gefüllt sein werden. Quellen zur Bewässerung der Felder. Die Felsen in den Stromschnellen hier werden zwanzig bis dreißig Meter unter Wasser liegen. Viele Generationen hören Tag und Nacht das Tosen des Wassers in den Steinen und Felsen. Jetzt wird dieses Getöse für ewig verstummen, und über die breite, ruhige Fläche werden große Schiffe und Barken mit Brot, Kohlen und Industrieerzeugnissen unseres Arbeiter- und Bauernstaates ziehen. Die Ingenieure der zaristischen Zeiten schlugen viele Jahre lang der autokratischen Regierung Projekte vor. Alle diese Projekte blieben unverwirklicht. Ihr seht, nur wir, das flegeteiche Proletariat, oewirklichen, ungetüht unserer Armut und der uns anverleierten Entbehrungen, diese große Aufgabe. Das ist der Grundstein unseres sozialistischen Bauwerks: darauf errichten wir die neue Wirtschaftsordnung. Ein Spinnennetz von elektrischen Leitungen, die von Turbogeneratoren gespeist werden, wird mit seiner Energie die lebendigen Kräfte des Landes versorgen. Das Licht der Kultur wird niemals erlöschen, die Erde selbst wird in Millionen Spinnen entflammen.“

(Fortsetzung folgt.)

Niederschlesien

Görlitz

Heudler am Werke

Augenblicklich kreist eine christliche Zeitschrift in Görlitz ihr Unwesen. Diese Moralprediger geben eine Reihe von Flugblättern heraus, die hundertprozentiges „Christentum“ verkörpern sollen. Eben wir uns also die Sache etwas näher an. Gleich im ersten Satz steht folgendes: „Deutschland ist militärisch, politisch und wirtschaftlich ruiniert.“ Jetzt jammern also diese Volkserdumner darüber, daß Deutschland „militärisch ruiniert“ ist. Ihnen geht es anscheinend nicht schnell genug, bis sie mit schmalzigen Worten und fatten Klängen wieder hungrige Protesten gegen den „Feind“ hegen können. Aber es kommt noch besser. Einige Sätze weiter steht: „Am deutlichsten spiegelt sich der sittliche und moralische Niedergang in unserem Volke wider in dem Geburtenrückgang.“ Man sollte gar nicht für möglich halten, daß diese Hirnverbrannten Engelhächer es überhaupt wagen, die Protesten beratig zu verhöhnen. Diese Menschen wollen also der Arbeiterfamilie ihr Stückchen Brot noch mehr verkleinern. Bei der jetzigen Massenauflösung ist doch nicht mal der Betriebsarbeiter mit kleinem Haushalt in der Lage, in genügendem Maße für Nahrung und Kleidung zu sorgen. Um wieviel schlechter geht es noch dem Erwerbslosen und Wohlfahrtsempfänger, der nicht mehr weiß, wo er genügend trockenes Brot hernehmen soll. Da noch dem Arbeiter vorzureden, daß er zu wenig Kinder besitzt, ist ein starkes Stück. Diese „Christen“ demonstrieren es ja täglich im Parpfergrunde vor, wie sie sich den Lohn des Arbeiters denken. (6 Pfennig Stundenlohn). Jedem denkenden Menschen rufen wir deshalb zu: Keinen Pfennig diesen Volksträgern. Nur unter den Parolen der kommunistischen Partei ist es möglich, aus diesem Elend herauszukommen. Dazu ist Vorbereitung, daß jeder Arbeiter das Wort Karl Marx beherzigt: „Religion ist Opium fürs Volk.“

Sagan

Die Erwerbslosen die Prügeljungen

Aus Petersdorf, Kreis Sagan, wird uns geschrieben: Vor kurzem suchten drei erwerbslose Kollegen das Gemeindeamt Petersdorf auf und stellten infolge Aussteuerung aus der Erwerbslosenfürsorge Antrag auf Wohlfahrtunterstützung. Sie wurden jedoch mit dem Hinweis abgewiesen, dafür wäre an dem fraglichen Tage keine Zeit. Anderen erwerbslosen Kollegen wurde im Gemeindeamt erklärt: „Wir können uns wegen euch (den Erwerbslosen) bald nicht mehr fassen. Diese „armen“ Junker und Adelsbürger von Petersdorf! Sie hatten vor kurzem den Plan, das zum Verkauf stehende Dominium zu erwerben. Nun wollen sie, da der Plan nicht gelang, die Wut an den Erwerbslosen ausüben, die wirklich keinerlei Schuld tragen, wenn der Staat nur Pfennige als Zuschuß gewährt. Es ist nicht unbekannt, daß es den kleinen Gemeinden sehr schlecht geht. Wir wissen auch sehr gut, daß Reich und Staat mit der „Hilfe“, ebenso wie der Kreis mit seiner Unterstützung der kleinen Gemeinden keine praktische Hilfe gewährt. Waren es aber nicht die Kommunisten, die im Reichs- und Landtag praktische Hilfe forderten? War es nicht der Genosse Geyper, der im Kreisrat zu Sagan die Aufstellung eines Arbeitsbeschaffungsprogramms und die dazu erforderlichen Mittel für die Gemeinde beantragt hatte? Über diesen Antrag wurde von der SPD bis zu den Deutschen abgelehnt. So sieht also die Hilfe aus. Daraus sollten auch die Bauern lernen und einssehen, daß ihre Freunde die Kommunisten sind und nicht diejenigen, zu denen sie heute, trotz aller schlechten Erfahrungen, noch halten.“

Ferner wird uns mitgeteilt, daß das Verhalten des Schwiegervaters des Gemeindevorstehers, Paul Jorgge, unerträglich sei. Derselbe stellt sich während der Stempelzeit unter die Erwerbslosen und hat bei jedem, der ein Anliegen oder einen Antrag vorbringt, etwas einzuwenden. Zum Beispiel äußerte er dem Kollegen B. gegenüber:

„Du taugt doch Gott und der Welt nichts, zum Arbeiten zu faul, verlaßt ihr euch nur auf die Gemeinde.“

Darauf erwiderte ein anderer Kollege, kein Erwerbsloser sei schuld an seinem Los, jeder würde gern arbeiten, wenn er nur Arbeit erhalten würde, worauf ihn Jorgge anbrüllte: „Wenn jeder so arbeiten würde wie du, da läße es wohl sehr schön aus.“ Wir sagen dem Durschen Jorgge mit aller Deutlichkeit, daß wir es nicht mehr erlauben, daß man erwerbslose Kollegen einfach als arbeitscheue

Menschen hinstellt. Wir raten ihm in seinem eigenen Interesse, seine leise Junge etwas im Zaune zu halten. Wir fordern schon jetzt die Erwerbslosen von Petersdorf auf, bestimmt zu der nächsten Erwerbslosenversammlung pünktlich zu erscheinen.

Kind tödlich verbrüht. Der in Sorau zu Besuch weilende 1 1/2-jährige Günter Birke verbrühte sich mit kochendem Wasser so schwer, daß er an den Folgen verstarb.

Schweres Autounfall. Bei Papper fuhr am Sonntagabend ein Auto der hiesigen Motorfabrik gegen einen Baum und schlug um. Der Chauffeur Rieke, der Tapetierer Müller und der Eisverkäufer Schulz, sämtlich aus Sagan, wurden schwer verletzt.

Goldberg

Im Raufsch 3300 Mark Lohngehalter unterschlagen

Ende 1929 hatte der Zimmergeselle Artur M., der bei dem von dem Baugeschäft Urban ausgeführten Staudenbau in Reitschdorf beschäftigt war, regelmäßig die Lohngehalter zur Baustelle nach Reitschdorf zu bringen. Am 1. November d. J. hörte man wegen Regenwetters früher mit der Arbeit auf. M. nahm Alkohol zu sich, unter dessen Einfluß er mittags mit 3342 Mark Lohngehaltern, die er abzuholen hatte, flüchtete. Er fuhr zunächst nach Hirschberg und von dort wahllos im Lande umher. Das Geld wurde Markt am Markt verjubelt. Als die letzte Mark ausgegeben war, stellte er sich am 25. Februar d. J. in Liegnitz der Polizei. Vom Schöffengericht erhielt er acht Monate Gefängnis. Die Große Strafkammer Liegnitz verwarf seine Berufung, will jedoch Strafaussetzung gewähren.

Lauban

Zwei Arbeiter niedergeschossen

Uns wird mitgeteilt: Am Sonnabend frühmorgens sahen drei Arbeiter aus Lichtenaun am Teich in Nieder-Lichtenaun beim Fischen. Plötzlich erschien der Bahnläufer Nowak des Fallentfenschen Gutes und schloß zwei Arbeiter, ohne sie vorher aufgefordert zu haben, den Platz zu verlassen, nieder. Der Arbeiter A. Weinert mußte ins Laubaner Krankenhaus geschafft werden, wo er schwer verletzt daniieder liegt. Der Schuß ging von hinten ins Gesicht. Der Arbeiter Bachmann wurde in die Wade getroffen. Solche Brutalktaten können sich diese Leute erlauben, da sie von den bürgerlichen Gerichten sowie keine Strafe zu erwarten haben.

Liegnitz

Die „geistreiche“ Volkszeitung

In der Nr. 143 bringt die angebl. „Volkszeitung zum zweiten Male eine „Warnung“ an die Geschäftswelt, und zwar haben es jetzt der Grünsante die Inseratenwerber der „Internationalen Arbeiterhilfe“ angetan. Da von Herrn Lüders kann man nichts anderes als blöde Kommunistenheße erwarten. Wir glauben wenig Worte

Zodesurteil in Glogau

Unter ungewöhnlichem Andrang des Publikums verhandelte das Schwurgericht gestern gegen den 23-jährigen Erwerbslosen Gerhart Kubale aus Grünberg, der am 8. März die 59-jährige Frau Emilie Simon aus Schloin am Alt-Schloiner Wege menschl. von hinten erschoss und beraubt hatte. Der jugendliche Raubmörder ist mehrfach vorbestraft. Die Mordwaffe hatte er bei einem Einbruch in die Reichsbank in Grünberg erbeutet, für den er neun Monate Gefängnis erhalten hatte. Am 8. März ging er hungrig von zu Hause fort und sah, nach früherem Geständnis, den Plan, eine Frau im Walde totzuschießen, bei der er Geld vermutete. Als die greise Frau Simon des Weges kam, folgte er ihr, trat plötzlich von hinten an sie heran und feuerte sieben sofort tödlich wirkende Schüsse auf sie ab. Hierauf schloß er sein Opfer in eine Schenung, nahm den Kadaver der Frau und durchsuchte ihn in einem Weinberg. Zu seinem Erstaunen fand er eine Geldbörse mit drei Pfennigen, die er zurückließ. Er nahm nur eine Strickjacke an sich und begab sich dann, als wenn nichts vorgefallen wäre, in die elterliche Wohnung. Bei der Ermordeten hatte man ein Fläschchen mit Vermut gesunden, das sie ihrem kranken Sohn in Grünberg hatte bringen wollen. Die Fingerabdrücke, die man an diesem Fläschchen fand, überführten den

Verleitet zu müssen über Zweck und Ziele der SPD, nicht alle so dumm wie Lüders, im festzustellen, was überparteilich ist. Die Mehrzahl der Mitglieder sind keine Kommunisten. Aber die SPD hat ja keine Ahnung mehr. Für Leute vom Schlage eines Lüders das eigene Ich in Frage. Nach den schäbigen, lägerlichen Methoden der „Volkszeitung“ werden auch unsere Inseratenwerber auch weiterhin Abschlüsse tätigen, auch gegen den Willen der „Volkszeitung“.

Mörder, der dann auch gestand. Das Schwurgericht er Morde in Tateinheit mit schwerem Raub auf die 10 und Ehrverlust auf Lebenszeit.

Arbeiter sport

Breslauer Fußballgesellschafts am 29. Juni

- 17,00: VfR I-Ostau — Stern I-Breslau, Märzdorf, 9
- 17,30: VfR I — Südost I b, Herrmannsdorf, Serin
- 18,00: VfR II — Südost II, Herrmannsdorf, Wuttl
- 18,00: Rapid I — 1930 I, Hahnsfeldweg, Gerlach
- 18,15: Rapid II — 1930 II, Hahnsfeldweg, Kienich
- 17,00: Strehlen I — Südost I, Strehlen, Schlott W.
- 18,00: Damiß I — 1921 I, Damiß, Kronig.
- 18,15: Damiß II — 1921 II, Damiß, Paul R.
- 17,00: Gundsels I — VfR I, Gundsels, Künzdel.
- 17,00: Sturm I — VfR I, Mariahöfchen, Eichner.
- 18,00: Sturm II — VfR II, Mariahöfchen, Strehlen
- 18,00: Sturm III — VfR III, Mariahöfchen, Sauer
- 18,30: Adler I — Tasmania I, Schwoitsch, Calostowi
- 18,00: Adler II — Tasmania II, Schwoitsch, Lukas.

Jugend- und Schülermannschaften

- 10,00: Südost I — Sil-Riders I, Klettendorf, Egebe
- 9,00: Südost II — Freie Sportfreunde II, Klettendorf
- 14,00: Adler I — Tasmania I, Klettendorf, Walde.
- 10,30: West I — 1928 I, Eichenpark, Hoffmann (Stu
- 8,00: West II — 1928 II, Eichenpark, Glak.
- 9,15: West 1. Schüler — 1928 1. Schüler, Eichenpark
- 16,30: VfR. 1. Sch. — Einigkeit 1. Sch., Herrmannsdor
- 8,30: Stern 1. Schüler — Rapid 1. Schüler, Gärten
- 9,30: Stern 2. Schüler — Rapid 2. Schüler, Gärten

am 28. Juni (Sonnabend):

- 17,30: West I — Blau-Weiß I, Eichenpark, Münster.

Breslauer Handballgesellschafts am Mittwoch

- 18,30: Eilefia I — 5. Abt. I, Stadion, Grabowik
- 18,30: 5. Abt. III — Stern I, Damiß, Kienich
- 18,00: Gandaun II — Südost II, Gandaun, Klose-III
- 19,10: Gandaun I — Südost I, Gandaun, Grünig
- 19,00: 6. Abt. II — 4. Abt. I, Tschansch, Reichert
- 18,30: 8. Abt. 1. Jgd. — 6. Abt. 1. Jgd., Helmutsch

am Donnerstag:

- 18,00: 3d. I — 1897 II, Stadion, Bassallg
- 19,00: 2. Abt. I — 1925 I, Ostpart, Sabzog
- 19,00: 1925 II — 8. Abt. II, Damiß, Surrauf

Ausgesteuerte und Erwerbslose von Neusalz denkt nach!

Dem Erwerbslosenaussschuß Neusalz wird uns geschrieben: Habt ihr schon einmal nachgedacht über das Vorgehen der Arbeitsämter gegen euch? Warum das große Geschrei von Seiten der SPD-Leute, die die Müller-Regierung zu verteidigen suchen? Die Müller-Regierung ist es gewesen, die die Verschlechterungen im Erwerbslosengesetz geschaffen hat, und die die Brüning-Regierung jetzt ausführt. Der Kreis Freyhadt hat noch über 2000 Erwerbslose, davon hat Neusalz über 600, außer den Ausgesteuerten. Arbeit ist so gut wie keine. Hinzu kommt noch die Kurzarbeit und Stilllegung der „alten Dörfer“ mit einigen hundert Frauen. Täglich kommen Klagen der Ausgesteuerten und Erwerbslosen an den Erwerbslosenaussschuß, er soll helfen. Speziell in der letzten Zeit durchstößern die oberen Instanzen der Arbeitsämter die Vermittlungssstellen, suchen und suchen, bis sie wieder einige Hundert gefunden haben, denen sie auf Grund des Schandgesetzes ihre Erwerbslosenunterstützung oder Kräfteunterstützung entziehen können. Romanian schreibt man zu Entlassungen bei den Textilarbeitern. Hilft der Erwerbslosenaussschuß? Trotzdem sind der hiesige ADGB die größten Schwierigkeiten in den Weg legt, haben wir schon Hunderte von Fällen bearbeitet, und zum Teil mit gutem Erfolg. Daß selbst Erwerbslose nichts mehr mit dem Führer des ADGB zu tun haben wollen, beweist folgender Fall: Ein Textilarbeiter, der erst 23 Jahre alt ist, sollte keine Kräfteunterstützung bekommen. Er geht zum Gewerkschaftssekretär Lücke, vom Deutschen Textilarbeiterverband. Lücke ist Beisitzer der Spruch-

kammer und erklärt: „Du bekommst, da du noch nicht 25 Jahre alt bist, keine Unterstützung.“ Allerdings hat er nicht gesagt, wer dieses Gesetz geschaffen hat. Da befragter Kollege alleiniger Ernährer seiner Mutter ist, wurde ihm nach dem Eingreifen des Erwerbslosenaussschußes die Kräfteunterstützung zugesprochen. Der betreffende Kollege hat jetzt eine „gute“ Meinung von den Bonzen.

Ein anderer Fall: Eine Textilarbeiterin, die entbunden hat, wird nach der Entbindung nicht mehr in den Betrieb aufgenommen. Ihr Antrag auf Unterstützung wird abgelehnt. Der Erwerbslosenaussschuß erhebt Einspruch. Nach monatelanger Untersuchung wird ihr die Unterstützung gewährt. Nachzahlung 163 Mark. Nach langer Untersuchung vom Arbeitsamt und der Kriminalpolizei wurde auch der Fall Bohle, über den wir feinerzeit berichteten, zugunsten der Klägerin vor der hiesigen Spruchkammer entschieden. Wörtlich heißt es im Urteil: „Klägerin macht geltend, daß der Arbeitgeber von ihr verlangt, sie solle mit den Gästen der Weinstube Wein trinken.“ Der Spruchaussschuß hielt das für einen berechtigten Grund zur Ablehnung der Arbeit und konnte daher nicht umhin, die Sperrfrist hier nicht geltend zu machen.

So arbeitet der Erwerbslosenaussschuß für euch, Ausgesteuerte und Erwerbslose. Die betreffenden Kollegen arbeiten gerne. Eure Pflicht, Erwerbslose, aber ist es, daß ihr mit uns kämpft gegen das morsche kapitalistische System und seine Helfershelfer, die SPD. Werdet Mitglieder der SPD, lest die „Arbeiter-Zeitung“.

Weiße Zähne: Chlorodont